

P r o t o k o l l

Nr. 13

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 13. Dezember 2011

14.00 - 17.35 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Jürg Messmer

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und der Protokolle Nr. 11 vom 8. November 2011 und Nr. 12 vom 22. November 2011
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Motion Willi Vollenweider, SVP, vom 16. November 2011 für ein dreimonatiges Moratorium des Asyl-Zentrums Waldheim
Überweisung
4. Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 2011 betreffend Wiederinbetriebsetzung des Springbrunnens
Überweisung
5. Finanzplan 2012 bis 2015
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2181 vom 2. November 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2181.1 vom 21. November 2011
6. Budget 2012
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2180 vom 25. Oktober 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2180.1 vom 21. November 2011

7. Erwerb von 44 Pflegebetten im Neubau Pflegezentrum 11, Baar; Investitionsbeitrag
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2177 vom 25. Oktober 2011
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2177.1 vom 7. November 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2177.2 vom 21. November 2011
8. Interpellation Willi Vollenweider, SVP, vom 1. September 2011 betreffend Sicherheit des Personals im öffentlichen Dienst der Stadt Zug
Antwort des Stadtrats Nr. 2183 vom 15. November 2011
9. Motion von Vroni Straub-Müller, Alternative-CSP, vom 2. November 2009 betreffend Naturschutzzone Innere Lorzenallmend
Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2187 vom 29. November 2011
10. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Jürg Messmer eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates, die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste. Speziell begrüsst wird die Delegation von berufsweg.ch, welche heute den Rat im Rahmen der Erwachsenenbildung besucht, um den Ratsbetrieb einmal aus erster Hand und hautnah erleben zu können.

Entschuldigungen für die heutige Sitzung sind keine eingegangen. Etwas später trifft Othmar Keiser ein. Für diese Zeit wird Theo Iten als Stimmzähler fungieren; die übrigen 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind zugegen. Der Stadtrat ist vollständig anwesend.

Ratspräsident Jürg Messmer: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste und der Protokolle Nr. 11 vom 8. November 2011 und Nr. 12 vom 22. November 2011

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen und somit die Traktandenliste als stillschweigend genehmigt erscheint.

Zum Protokoll Nr. 11 vom 8. November 2011

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind; das Protokoll Nr. 11 der Sitzung vom 8. November 2011 ist somit stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll Nr. 12 vom 22. November 2011

Isabelle Reinhart stellt fest, dass bei der Präsenzliste ein Fehler enthalten ist, und bittet, dies noch zu klären.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine weiteren Berichtigungen eingegangen sind; das Protokoll Nr. 12 der Sitzung vom 22. November 2011 ist somit stillschweigend genehmigt.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

Motion CVP-Fraktion betreffend Schlussabrechnung Ortsplanung

Mit Datum vom 6. Dezember 2011 haben die Gemeinderäte Theo Iten und Hugo Halter namens der CVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen der Jahresrechnung 2011 endlich die Schlussabrechnung über den Rahmenkredit für die Ortsplanung vorzulegen.

Begründung:

Mit der Vorlage Nr. 1793 vom 6. April 2004 legte der Stadtrat seine Absichten zur Organisation, Gliederung, Ablauf und Finanzierung der Ortsplanung vor und beantragte dem GGR Kenntnisnahme. Mit Bericht Nr. 1793.2 vom 26. April 2004 stellte die einstimmige GPK dem GGR den Antrag, für die finanzielle Abwicklung der Ortsplanung einen formellen Rahmenkredit über CHF 400'000.- zu bewilligen. Sie unterbreitete dem GGR einen entsprechenden Beschlussesentwurf. Der GGR behandelte das Geschäft am 8. Juni 2004 (Protokoll Nr. 17, S. 827 - 832). Nachdem der Stadtrat dem Antrag der GPK stillschweigend zugestimmt hatte, wurde der Beschlussesentwurf in der von der GPK beantragten Fassung mit 36 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Die Ortsplanung fand mit der Volksabstimmung vom 27. Sept. 2009 ihren Abschluss. Der vom GGR bewilligte Rahmenkredit bedarf - wie jeder Verpflichtungskredit - der vom Finanzhaushaltgesetz des Kantons Zug (§ 28 Abs. 7) vorgeschriebenen Schlussabrechnung. Eigentlich erwarteten wir, dass diese Schlussabrechnung bereits mit der Jahresrechnung 2010 vorgelegt werde. Offensichtlich ist aber der GGR-Beschluss von 2004 in den Schubladen der Verwaltung untergegangen. Daher erlauben wir uns, den Stadtrat auf diese Pendezenz hinzuweisen und darum zu ersuchen, die Schlussabrechnung über die Ortsplanung 2009 im Anhang der Jahresrechnung 2011 vorzulegen.“

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass die Motion an der Sitzung vom 24. Januar 2012 zur Überweisung traktandiert wird.

Interpellationen

Interpellation Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP zur 2000-Watt-Gesellschaft

Mit Datum vom 23. November 2011 hat Gemeinderätin Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP folgende Interpellation eingereicht

„Am 15. Mai 2011 hat die Stadtzuger Bevölkerung die Initiative „2000 Watt für Zug“ angenommen. 2010 war die Stadt Zug eine 6566-Watt-Gesellschaft und wir hatten einen CO₂-Ausstoss von 7,6 Tonnen pro Person und Jahr. Das Ziel ist bekanntlich ein maximaler Ausstoss von 1 Tonne. Als Folge der Annahme der 2000 Watt-Initiative hat der Grosse Gemeinderat die Finanzierung einer Traglufthalle für den Tennissport aus ener-

getischen Gesichtspunkten verweigert. Die Wasserwerke liefern ab 1.1.2012 standardmässig an die Haushalte Wasserstrom statt wie bisher zu mehr als 75 % Atomstrom. Der Stadt Zug als Energiestadt wurde das Goldlabel verliehen. Dies sind drei positive Meldungen der letzten Wochen über welche wir uns freuen. Erste Schritte in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft sind getan, der Weg zum Ziel ist aber noch lang. Wir möchten noch etwas mehr zum Thema wissen und bitten den Stadtrat, uns die folgenden Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Im Jahre 2010 lieferten die WWZ zu 77.26 % Strom aus nichterneuerbaren Energien (aus Atomkraftwerken) und zu 22.74 % aus erneuerbaren Energien (in erster Linie Wasserkraft). Sind die Zahlen für 2011 in etwa gleich? In welchem Umfang wird in der Stadt Zug der CO₂-Ausstoss reduziert durch die Tatsache, dass nun die WWZ standardmässig Strom aus 100 % Schweizer Wasserkraft liefern?
2. Ist es richtig, dass nur Privatkunden standardmässig mit Wasserstrom bedient werden und die Gewerbetreibenden nicht? Wenn ja, warum besteht dieser Unterschied? Wie viel zusätzliche Einsparung könnte mit dem gleichen standardmässigen Angebot bei Gewerbetreibenden erreicht werden? Ist der Stadtrat bereit, bei den WWZ darauf hinzuwirken, dass auch Gewerbetreibende standardmässig Wasserstrom angeboten erhalten?
3. Mit welchen Massnahmen gelang es der Stadt Zug als Energiestadt das Goldlabel zu erlangen? Was muss sie dafür tun, dass sie es auch weiterhin behält? Was bringen diese Massnahmen für den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss?
4. Welche Massnahmen hat der Stadtrat in den nächsten Jahren vorgesehen, um die Volksinitiative „2000 Watt für Zug“ umzusetzen?“

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die Interpellantin die schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen verlangt. Der Stadtrat hat hierfür gemäss § 43 Abs. 2 GSO drei Monate Zeit.

Dringliche Interpellation Grünliberale Partei betr. Aussichtsplattform Park Tower: Beteiligung der Stadt Zug?

Mit Datum vom 30. November 2011 haben die Gemeinderäte Michèle Kottelat und Silvan Abicht namens der Grünliberalen Partei folgende Dringliche Interpellation eingereicht:

„Die grünliberale Partei der Stadt Zug hat mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass der Bauherr des Park Towers, die Peikert Immobilien AG, über den Betrieb einer Aussichtsplattform mit der Stadt Zug in Verhandlungen stehe. Nach den unbefriedigenden Verträgen rund um die Skylounge im benachbarten Hochhaus Uptown erachtet es die glp als nicht opportun, dass sich die Stadt Zug in ein weiteres Aussichtsplattform-Abenteuer im gleichen Quartier Zug West stürzt. Daher möchten wir dem Stadtrat die folgenden Fragen stellen:

1. Kann der Stadtrat bestätigen, dass er mit der Peikert Immobilien AG Verhandlungen über den Betrieb einer Aussichtsplattform führt, wie dies der Zuger Zeitung vom 30. November 2011 zu entnehmen war?

2. Wenn ja, wie weit sind diese Verhandlungen oder Gespräche fortgeschritten und was sind die Absichten und Ziele des Stadtrates?
3. Braucht es - neben der Skylounge im Hochhaus UPTOWN - wirklich eine zweite öffentlich zugängliche Plattform in Zug West? Müsste diese nicht die Bauherrschaft selber betreiben, wenn sie eine solche realisieren will?

Wir danken dem Stadtrat für im Voraus für die schriftliche Beantwortung unserer Interpellation.“

Ratspräsident Jürg Messmer: Eine dringliche Interpellation gibt es nicht. Auch hier verlangen die Interpellanten schriftliche Beantwortung. Der Stadtrat hat hierfür gemäss § 43 Abs. 2 GSO drei Monate Zeit.

Interpellation FDP-Fraktion betr. Mobility-Parkplätze auf dem unteren Postplatz

Mit Datum vom 12. Dezember 2011 haben die Gemeinderäte Rainer Leemann und Barbara Hotz namens der FDP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Wie von Werner Hauser bei der Diskussion der Interpellation "Parkplätze in Zug" (GGR-Sitzung vom 22. November 2011) erwähnt, sind wir überrascht über den neuen Mobility-Parkplatz auf dem unteren Postplatz. Bei der Mobility handelt es sich um eine Genossenschaft, welche im Jahre 1987 von 8 Privatpersonen gegründet worden ist (ohne Beteiligung der öffentlichen Hand). Heute ist die Mobility das marktführende Schweizer Carsharing-Unternehmen. Unseres Wissens handelt es sich beim Betrieb von Mobility-Parkplätzen nicht um eine öffentliche Aufgabe der Stadt Zug. In der Stadt Zug sind im Laufe der letzten Jahre verschiedene Mobility-Standorte entstanden. Der gemäss unserem Kenntnisstand neueste Standort am unteren Postplatz veranlasst uns, die folgenden Fragen zu stellen:

1. Wie sieht die Mobility-Parkplatzstrategie des Stadtrates aus? Wie viele Mobility-Parkplätze (auf dem Grundeigentum der Stadt Zug) bestehen heute bereits? Wo befinden sich diese?
2. Wie werden die heute bestehenden Mobility-Parkplätze genutzt? Besteht eine Statistik, wie viele Personen resp. Haushalte von den Parkplätzen profitieren?
3. Wann wurde das Parkfeld auf dem unteren Postplatz geändert und aufgrund welcher Rechtsgrundlage ist dies geschehen?
4. Warum wurde ein Ort ausgewählt, an welchem die Parkplätze oftmals besetzt und die umliegenden Geschäfte auf Parkplätze angewiesen sind und Mobility-Parkplätze bereits hinter dem Haus Zentrum bestehen?
5. Die Parkplätze auf dem unteren Postplatz gehören der Stadt Zug. Bekommt die Stadt von der Mobility Genossenschaft auch Mieteinnahmen? In welcher Höhe wurden diese festgelegt? Wer zeichnet für dieses Mietverhältnis auf Seiten der Stadt verantwortlich?
6. Mobility-Parkplätze stehen oft leer und sind an optimalen Standorten gelegen. Wird da nicht ein Unternehmen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger bevorzugt?
7. Wo wird dieser Parkplatz ersetzt?

Vielen Dank für eine rasche schriftliche Beantwortung unserer Fragen.“

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die Interpellanten schriftliche Beantwortung ihrer Fragen wünschen. Der Stadtrat hat hierfür gemäss § 43 Abs. 2 GSO drei Monate Zeit.

3. Motion Willi Vollenweider, SVP, vom 16. November 2011 für ein dreimonatiges Moratorium des Asyl-Zentrums Waldheim Überweisung

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 5 f. des GGR-Protokolls Nr. 12 der Sitzung vom 22. November 2011.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die Motion somit stillschweigend überwiesen ist. Der Stadtrat hat 12 Monate Zeit, dem GGR Bericht und Antrag zu unterbreiten.

4. Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 2011 betreffend Wiederinbetriebsetzung des Springbrunnens Überweisung

Der Wortlaut des Postulats befindet sich auf S. 5 f. des GGR-Protokolls Nr. 12 der Sitzung vom 22. November 2011.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass das Postulat somit stillschweigend überwiesen ist. Der Stadtrat hat 12 Monate Zeit, Bericht und Antrag dem GGR vorzulegen.

5. Finanzplan 2012 bis 2015

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2181

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2181.1

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Grundsatzvoten

Stadtrat Ivo Romer: Gemäss Finanzhaushaltungsgesetz § 21 ist ein Finanzplan über die vorausblickenden vier Jahre jährlich zu erstellen. In dieser nun heute vorliegenden Form ist er letztmalig. Nächstes Jahr werden Budget und Finanzplan in eine einzige Vorlage integriert werden. Das kann auch ein kleiner Beitrag dazu sein, die Beratung in diesem Saal etwas zu beschleunigen bzw. sich auf die wirklichen Themen zu fokussieren. Die Finanzstrategie der Stadt Zug hat drei Ziele:

- Gesunde Gemeindefinanzen
- Ein gutes Leistungsangebot
- Eine attraktive Steuerbelastung

Es gilt, diese drei Ziele in Balance zu halten. Wie aus der Vorlage entnommen werden kann, ist es ein grosses Stück Arbeit, genau diese Balance zukünftig zu halten. Mittelfristig soll eine ausgeglichene laufende Rechnung präsentiert werden. Gemäss Finanzplan ist das ein Ding der schieren Unmöglichkeit, wenn man auf den aktuellen Steuerfuss und anderen Parametern die Berechnung zugrunde legt. Die Investitionen sollen - das ist auch eine Vorschrift aus dem Finanzhaushaltungsgesetz - über fünf Jahre im Durchschnitt zu 100 % selbst finanziert sein. Davon ist die Stadt Zug momentan weit entfernt. Es geht darum, den Fokus langfristig zu setzen, d.h. die gesunden Gemeindefinanzen sicher innerhalb folgender Rahmenbedingungen zu halten:

- 50 % Eigenkapital beibehalten, was einer sogenannten Tripple-A entspricht
- Das Investitionsvolumen soll langfristig ungefähr bei CHF 30 Mio. stabilisiert werden.
- Die Zinsbelastung für die Fremdverschuldung soll maximal 2 % der jährlichen Steuereinnahmen ausmachen.

Über das sehr gute Dienstleistungsangebot als zweite Säule der gesunden Gemeindefinanzen der Stadt Zug muss nichts weiter ausgeführt werden. Alle können in der einen oder anderen Form davon profitieren. Bezüglich attraktiver Steuerbelastung steht die Stadt Zug in einem Kampf zwischen Attraktivität durch einen tiefen Steuerfuss einerseits und einer Beibehaltung der Konkurrenzfähigkeit sowohl innerkantonal wie auch

ausserkantonale andererseits. Auch hier ist die Stadt Zug zukünftig gefordert. Was heisst das konkret aktuell? Die Stadt Zug hat zurzeit Schulden im Betrag von CHF 40 Mio. bzw. eine Eigenkapitalquote von 65 %. Sie weist eine nach wie vor kerngesunde Bilanz aus. Die Gemeindefinanzen sind also nach wie vor sehr gesund. Die Stadt Zug hat die grosse Problematik des Selbstfinanzierungsgrades bei den Investitionen. Die geforderte Limite konnte letztes Jahr schon nicht erreicht werden, und das wird auch dieses Jahr wieder deutlich der Fall sein. Nächstes Jahr wird dadurch der Fünfjahresschnitt nicht erreicht werden, was einer Nichteinhaltung des Finanzhaushaltsgesetzes entspricht. Der Stadtrat hat sich zu überlegen, wie dieser Situation begegnet werden soll. Es stehen Steuerrevisionspakete auf kantonaler Ebene an. Das vierte Paket ist bereits beschlossen und wird in zwei Jahren mit jährlichen Mindereinnahmen von CHF 11 Mio. in den städtischen Finanzen sich auswirken. Die zweite und dritte Revision schlagen bereits mit CHF 15 Mio. jährlich zu Buche. Zukünftig muss die Stadt Zug also mit jährlichen Mindereinnahmen von CHF 26 Mio. rechnen. Wenn man bedenkt, dass rund CHF 70 Mio. an den innerkantonalen Finanzausgleich und als Beteiligung des NFA abgegeben werden müssen, kann man sich leicht ausrechnen, wie viel noch bleibt für die städtischen Belange. Der Stadtrat hat sich nicht einfachen Herzens dazu entschlossen, mit einem vorübergehenden Steuerfusszuschlag von 5 % dieser Situation zu begegnen, um zumindest teilweise die sich nun öffnende Finanzierungslücke zu schliessen. Dennoch: Das Investitionsprogramm gemäss Finanzplan bewegt sich mit CHF 250 Mio. auf hohem Planungsniveau. Deshalb ist es wichtig und opportun, Prioritäten zu setzen und mögliche Szenarien zu entwickeln, wie und ob all diese Vorhaben umzusetzen sind bzw. wie sie zukünftig finanziert werden sollen. Der Steuerfuss von 60 % und die Auswirkungen der Steuergesetzrevisionen führen dazu, dass faktisch eine Steuerreduktion beschlossen wurde. Wenn von den vorgeschlagen 65 % Steuerfuss die Steuergesetzrevisionen abgerechnet werden, bezahlt man immer noch weniger Steuern als vorher mit 60 %. Es ist daher eine gute Strategie, sich darauf zu fokussieren, ob vorübergehend mit solchen Mitteln die Finanzierungslücken zu schliessen sind. Dies mit Blick darauf, dass es schwierig sein wird, politische Prioritäten bei den Investitionen so durchzusetzen, dass man auch einmal das Wort Verzichtplanung in den Mund nimmt. Stadtrat Ivo Romer ersucht um Kenntnisnahme.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, dankt dem Finanzvorsteher Ivo Romer für die einleitenden Worte und erachtet die Information, wonach Budget und Finanzplan zukünftig zusammengelegt werden sollen, interessant. Es wurde bereits in der GPK festgestellt dass es hier gewisse Überlappungen gibt. Trotzdem wird der Stadtrat darauf aufmerksam gemacht, dass er am 27. September 2011 eine neue Finanzverordnung erlassen hat, wo unter Ziff. 3.2 steht, dass der Finanzplan dem GGR jährlich zur Kenntnis gebracht wird. Es steht aber nirgends, dass der Finanzplan mit dem Budget zusammengezogen wird. Philip C. Brunner geht aber davon aus, dass dies in der Kompetenz des Stadtrates liegt, ebenso wie er jetzt die Kompetenz hat, dies zur Kenntnis zu bringen und der GGR die Möglichkeit hat, den Finanzplan positiv oder negativ zur Kenntnis zu nehmen. Der Finanzvorsteher hat sich offenbar versprochen, als er feststellte, dass der Kantonsrat das vierte Paket beschlossen hätte. Es geht darüber hinaus, denn das Stimmvolk hat auf

Vorschlag des Kantonsrates dies beschlossen. In diesem Sinne empfiehlt die GPK, den Finanzplan gemäss Vorlage des Stadtrates positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Werner Villiger: Die SVP-Fraktion ist mit dem vorliegenden Finanzplan 2012 - 2015 überhaupt nicht einverstanden. Es sind vor allem drei Punkte, bei denen die SVP-Fraktion eine andere Strategie verfolgen will:

1. Steuerfusszuschlag 5 %: Die SVP-Fraktion lehnt einen Steuerfusszuschlag von 5 % kategorisch ab. Damit würde ein ganz falsches Zeichen gesetzt. Die Stadt Zug soll nach wie vor ein verlässlicher Partner für die Einwohner und die Unternehmungen sein und dazugehört auch, dass Steuerfusserhöhungen möglichst vermieden werden.
2. Investitionen: Die SVP-Fraktion ist ganz klar für eine Realisierung der wichtigsten städtischen Investitionsvorhaben. Gerade jetzt, da sich ein wirtschaftlicher Einbruch abzeichnet, muss sich der Staat bzw. die Stadt antizyklisch verhalten. Kurzfristig bedeutet dies, zusätzliche Schulden zu machen. Das kann sich die Stadt Zug beim heutigen Zinsniveau leisten.
3. NFA/ZFA: Die SVP-Fraktion erwartet, dass die Wirkungsanalyse, die für den Frühling 2012 angesagt ist, eine klare Entlastung für die Stadt Zug bringt. Alles andere ist für die SVP-Fraktion nicht akzeptabel.

Die SVP-Fraktion beantragt daher ablehnende Kenntnisnahme des vorliegenden Finanzplanes.

Othmar Keiser: Die Stadt Zug geht guten Zeiten entgegen. Wie auch immer die Expertengruppe des Bundes für die Konjunkturprognosen die Lage der Nation einschätzt. ‚Zug is different‘. Zug ist nicht – wie Grenzkantone – im selben Ausmass von Auftragsabflüssen und verändertem Konsumverhalten der hiesigen Bevölkerung und Unternehmen torpediert, noch gibt es strukturelle Probleme wie viele andere Gemeinden/Kantone. Das muss auch so bleiben – dafür setzt sich die CVP-Fraktion ein

A) mit einer schlanken laufenden Rechnung - sprich einer guten Kostenkontrolle,

B) einer marktorientierten- und betriebswirtschaftlichen Personalführung,

C) mit einer zweckmässigen und soliden Eigen- und Fremdfinanzierung sowie

D) präziser, langfristiger strategischer Planung,

über die hier und heute gesprochen wird. Im Bericht und Antrag des Stadtrates wird klar stipuliert, dass die verminderten Steuereinnahmen aufgrund der Gesetzesrevisionen durch Steuerertragswachstum bei privaten und juristischen Personen kompensiert werden können. Vielleicht agiert der Stadtrat nach der Prämisse, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, und schlägt ungeniert einen vorübergehenden Steuerfusszuschlag von 5 % vor. Die CVP will keine Steuererhöhung(en) und unterstützt diese Strategie nicht. Othmar Keiser möchte entsprechend auf seine vier einleitenden Schwerpunkte mit Beispielen und Handelsmaximen antworten, die in der CVP-Fraktion ausgearbeitet wurden:

A): Laufende Rechnung: Der Stadtrat, das Parlament und die Stadt Zug müssen wieder zurück zur Bescheidenheit finden. Es ist nun definitiv Zeit, haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen. Othmar Keiser erinnert an die drei unterschiedlichen Vorlagen

Fröschenmatt, Bibliothek und Sanierung Aabachstrasse. Es überrascht ihn persönlich sehr, wenn für eine Strassensanierung von 300 m Länge mehr ausgegeben wird, als für zwei unabhängige, notwendige und ganzen Bevölkerungsgruppen zukommende Projekte! Ein anderes Beispiel sind 2 budgetierte Bushaltestellen an der Aabachstrasse, die im 2011 mit CHF 58'000.-- und im 2012 mit CHF 100'000.-- budgetiert sind!

B) Personal: Bei den Personalstellen fällt auf, dass organisatorische Kleinst-Verschiebungen von 1.7 bis 0.1 Stellen begründet werden. Bei neu geschaffenen Stellen wird je nach Departement jede 20 % Erhöhung detailliert erklärt, wogegen der Ausbau des Betreuungsangebotes fett mit 2.0 Stellen hochgezogen und kaum begründet wird. Da wird die verantwortliche Stadträtin nochmals zur eingehenden Prüfung gebeten.

C) Eigen-/Fremdfinanzierung: Die langfristig avisierte Selbstfinanzierung von 100 % der Investition wagt Othmar Keiser persönlich aus kurzfristiger Optik anzuzweifeln. Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ist es Aufgabe und Vorteil des Souveräns, wirtschaftliche Impulse zu setzen und antizyklisch Investitionen zu tätigen. Dies womöglich noch mit dem Vorteil, preislich von besseren Offerten profitieren zu können und nicht eben diese zusätzlich anzuzünden und Verzögerungen in der Umsetzung zu riskieren.

D) Finanzplan: In den Schlussfolgerungen von Bericht und Antrag heisst es schön (Zitat): Um den Investitionsstau abbauen zu können, wird eine Aufstockung der Fremdfinanzierung auf ca. CHF 130 Mio. notwendig. (Zitatende) Anscheinend wurde hier in der Vergangenheit etwas falsch gemacht. Man sprach in diesem Jahr auch schon von Unterlassungssünden und unliebsamen Verzögerungen für Sanierungen. Insofern mutet der rühmliche Satz (Zitat): Die getätigten Investitionen erreichten – entsprechend der Finanzstrategie – während der letzten fünf Jahre im Durchschnitt eine Selbstfinanzierung von über 100 %, etwas komisch an. O Wunder lagen die Jahre 2009 bis 2011 jedoch deutlich darunter.

D) Finanzplan: Die CVP unterstützt den vorgelegten Finanzplan 2012-2015 und dankt dem Stadtrat und den zuständigen Beamten für die seriöse und sorgfältige Planung. Die CVP-Fraktion empfiehlt den Finanzplan zur Zustimmung/Kenntnisnahme mit den drei Punkten

- Haushälterischer Umgang mit Steuergeldern
- Zug muss wieder zur Bescheidenheit finden
- Antizyklisches Verhalten

Othmar Keiser hat eingangs gesagt: Zug is different – damit bleibt Zug different!

Stefan Hodel: Die Stadt ist verpflichtet, einen Finanzplan zu machen, die Verwaltung hat dies wiederum mit der nötigen Sorgfalt gemacht. Ob es denn schlussendlich auch so kommt wie geplant, das kann jedoch zurzeit noch niemand hier sagen, dies in erster Linie betreffend die Höhe der Steuereinnahmen. Welches werden die langfristigen Auswirkungen der aktuellen Probleme der massiv überschuldeten europäischen Länder sein? In all diesen Ländern werden unter anderem die Steuern erhöht werden müssen. Wird dies nicht zu vermehrten Fluchtbewegungen von kapitalkräftigen Personen in den vermeintlich sicheren Hafen Schweiz führen? War es nicht so, dass die Stadt Zug zum Beispiel bei den letzten Krisen zu den Profiteuren gehörte? Zum Finanzplan gehört auch das Investitionsprogramm. Die nimmt der GGR heute wie immer bloss zur Kennt-

nis und kann nicht darüber abstimmen. Die Fraktion Alternative-CSP ist froh, dass die GPK sich vorgenommen hat, das Investitionsprogramm im Laufe des nächsten Jahres etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Auch wenn die Fraktion Alternative/CSP nicht zu den Sparaposteln gehört, so möchte man doch darauf hinweisen, dass auch für sie nicht alles, was hier für die nächsten Jahre vorgesehen ist, auch gebaut werden muss. So fragt die Fraktion Alternative-CSP sich heute erneut, ob dereinst CHF 5.6 Mio. ausgeben werden für eine Streethockeyhalle in Oberwil (laut Finanzplan für 2013 vorgesehen). Dies obwohl den Spielern bereits heute ein perfektes Spielfeld in der Herti zur Verfügung steht, welches damals CHF 1 Mio. gekostet hat. Auch bei der Erweiterung des Casinos gibt es Möglichkeiten, etwas weniger auszugeben. Die Fraktion Alternative-CSP möchte jedoch davor warnen, dass Investitionen einfach immer weiter hinausgeschoben werden. Wenn man dies bei grösserem Unterhalt und bei Renovationen so handhabt, so kann das schlussendlich auch kontraproduktiv sein. Wer die Zahlen der letzten Jahre etwas genauer anschaut und das Investitionsbudget mit der Investitionsrechnung vergleicht, der stellt fest, dass ab 2004 bis 2009 durchschnittlich nur 2/3 der Projekte wirklich wie geplant im Folgejahr realisiert wurden.

Barbara Stäheli: Auch die SP-Fraktion begrüsst die Zusammenführung des Budgets und des Finanzplanes zu einem Traktandum, gibt es doch immer wieder Überschneidungen. Aber, hätte Barbara Stäheli gewusst, dass sie heute das letzte Mal separat zum Finanzplan sprechen darf, hätte sie ihr Votum etwas ausführlicher gestaltet. Daher nun ganz kurz: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den verantwortlichen Personen für den informativen und gut ausgearbeiteten Finanzplan. Der Finanzplan gibt nicht nur über die Finanzen Auskunft. Die Grafiken 5.2, 5.3 und 5.4 geben Auskunft über die Entwicklung der Einwohnerinnen, der Schülerzahlen und der Erwerbstätigen. Eine Kurve, die bei allen drei Grafiken nach oben zeigt. Mehr Bewohnerinnen, mehr Schüler und mehr Erwerbstätige. Dies bedeutet auch einen Ausbau der Infrastruktur auf verschiedenen Gebieten. Mehr Schulhäuser, mehr Plätze für betagte Menschen, mehr Publikumsverkehr in der Bibliothek, mehr Velowege, mehr öffentlicher Verkehr und notgedrungen auch mehr Strassen und noch vieles mehr. Barbara Stäheli hat es schon letztes Jahr gesagt: Wer A sagt, muss auch B sagen. Es kann nicht sein, dass die Infrastruktur stehen bleibt. Einher mit der Bevölkerungsentwicklung gehen auch Investitionen und diese geraten in diesem Jahr in den Fokus. Die in den vergangenen Budgetdebatten wenig beachtete Beilage bekommt in diesem Jahr eine Hauptrolle. Eine vorausschauende Planung ist zwingend. Die von der GPK geforderte übersichtlichere Darstellung ist sicher unterstützend für eine Debatte. Die Fraktion der SP nimmt den Finanzplan 2012 bis 2015 zustimmend zur Kenntnis.

Barbara Hotz: Wie jedes Jahr legt der Stadtrat als Einstieg in die Budgetdebatte den Finanzplan der folgenden 4 Jahre vor. Darin enthalten sind die Prognosen, Ziele, Absichten und Wünsche des Stadtrates, welche zur Kenntnis zu nehmen sind. Mit diesem Finanzplan wird bekanntlich nicht die Zukunft der Stadt Zug geplant, denn diese hat der GGR über die Budgetdebatte zu gestalten. Aus diesem Grunde begrüsst die FDP-Fraktion es sehr, dass der Stadtrat den Finanzplan inskünftig ins Budget integrieren und

diesem dadurch allenfalls auch mehr Verbindlichkeit geben will. In der Einleitung zum Finanzplan führt der Stadtrat aus, mit welchen Mindereinnahmen er aufgrund der kantonalen Steuergesetzesrevisionen auskommen muss. Diese Mindereinnahmen wurden vom Stimmbürger genehmigt und treffen alle Gemeinden im Kanton Zug. Der Vollständigkeit halber sei hier allerdings ergänzt, dass es im Kanton verschiedene Gemeinden gibt, welche trotz dieser Mindereinnahmen Steuerreduktionen anstreben. Mit diesen Gemeinden steht Zug bekanntlich in einem harten Steuerwettbewerb. Bereits im Finanzplan 2008 bis 2012 forderte die FDP-Fraktion – Zitat: „Bei der Investitionsplanung ist darüber hinaus eine klare Prioritätenordnung vorzusehen. Wir wollen wissen, welche Projekte unentbehrlich und welche wünschenswert sind.“ (Zitatende) Betrachtet man nun den heute vorliegenden Finanzplan, stellt sich unwillkürlich die Frage, inwiefern diese Voten überhaupt in diesen eingeflossen sind? Nimmt der Stadtrat diese wahr und ernst oder dienen sie einzig der Unterhaltung? Das vorgelegte Investitionsprogramm für die Jahre 2012 und 2013 in Höhe von CHF 81.4 Mio. resp. CHF 92.6 Mio. ist für die FDP-Fraktion unakzeptabel. Es wurde eine absolut unzureichende respektive nicht erfolgte Priorisierung der Investitionsprojekte vorgenommen. Die FDP-Fraktion kann hier nicht gleich argumentieren wie die SVP-Fraktion: für die FDP-Fraktion ist ein Einbruch im Bausektor in der Stadt Zug noch nicht ersichtlich, sie sieht hier nicht die Notwendigkeit, dass der Stadtrat die Investitionen tätigen muss, um die Wirtschaft anzukurbeln. Es fällt schwer zu glauben, dass hier bereits von einer Verzichtsplanung gesprochen werden kann. Auch ist der Stadtrat dem Anliegen der GPK – Verzichtsplanung bei CHF 50 Mio. Investitionen und welche Projekte unter dieser Prämisse zu realisieren sind, bis heute nicht nachgekommen. Diese Hausaufgabe wird der Stadtrat im Anschluss an die heutige Sitzung zu erledigen haben. Je nach Festlegung der Investitionsobergrenze hat der Stadtrat auch Devestitionen in seine Analysen miteinzubeziehen. Durch den Verkauf von Liegenschaften, welche nicht zwingend benötigt werden, wie z.B. die Grabenstrasse 6 oder die Kirchstrasse 3 und 5, kann zusätzliche Liquidität geschaffen werden, womit dann wiederum Investitionen getätigt werden können. Die Investitionen müssen zum allergrössten Teil aus der laufenden Rechnung getätigt werden können, eine Schuldenerhöhung darf nur die letzte Möglichkeit sein und den Betrag von Neugeld in der Höhe von CHF 10 Mio. nicht übersteigen. Denn Schulden sind immer eine Hypothek für die Zukunft. Sei es wegen dem Risiko einer Zinserhöhung oder der Last der Rückzahlungen. Wie ist es sonst zu erklären, dass jene Überschüsse, welche in den guten Jahren den Steuerausgleichsreserven zugewiesen wurden, heute nicht cash vorhanden sind, sondern diese zur Schuldentrückzahlung verwendet worden sind? Das sollte Mahnung genug sein; die nachfolgenden Generationen haben einen gesunden städtischen Haushalt verdient. Mit diesen mahnenden Worten nimmt die FDP-Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis.

Abstimmung

über den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion für ablehnende Kenntnisnahme:

Für den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion stimmen 8 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 30 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 8:30 Stimmen den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat und somit den Finanzplan 2012 - 2015 zur Kenntnis genommen hat.

6. Budget 2012

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2180

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2180.1

Ratspräsident Jürg Messmer: Gemäss § 48 Abs. 4 GSO ist in jedem Fall Einzutreten auf Volksinitiativen, auf parlamentarische Vorstösse, auf Berichte und Anträge zu zweiten Beratungen, auf das Budget und auf die Jahresrechnung. Zu diesem Geschäft findet daher keine Eintretensdebatte statt.

Grundsatzvoten

Stadtrat Ivo Romer: Das ganze Budget 2012 könnte man auch unter dem Titel „der Wind hat gedreht“ subsummieren. Der Stadtrat macht dem GGR beliebt, das folgende Budget mit einem negativen Rechnungsergebnis von rund CHF 1 Mio. - was unter Buchhaltern auch als rote Null bezeichnet werden kann - , mit einem Steuerfuss von 60 % plus 5 % für die Finanzierung von Investitionen zu genehmigen. Damit soll die laufende Rechnung, welche der Stadtrat, so wie sie vorliegt, im Griff hat und die auch straff geführt wird, auf der einen Seite mit den rund 60 % Steuerfuss führen und finanzieren zu können, andererseits aber auch die Investitionsfinanzierungslücke einigermassen zu schliessen. Der Stadtrat rechnet mit einem Steuerausfall von rund CHF 16 Mio. aufgrund der Steuergesetzrevisionen im Jahr 2012. Der Stadtrat folgt den Kürzungsanträgen der GPK bezüglich der Laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung, nicht aber beim Steuerfuss. Es geht grundsätzlich um ein Investitionsvolumen von ursprünglich knapp CHF 81 Mio., nach der GPK-Sitzung von CHF 76 Mio. Davon sind bereits einige Mio. durch GGR-Beschlüsse genehmigt. Wenn also der GGR Investitionskürzungen vornehmen will, sei darauf geachtet, dass nicht plötzlich ein Rückkommen auf bewilligte Kredite erfolgt. Das Investitionsvolumen 2012 wurde zudem in einer Spezialsitzung des Stadtrates nochmals intensiv behandelt. Ursprünglich lag das Volumen deutlich höher. Nachdem sich zeigte, dass diese Investitionen schlicht nicht realisierbar sind hat man sich mit Prioritätensetzung beim Betrag von CHF 81 Mio. bzw. von CHF 76 Mio. nach der GPK-Sitzung gefunden. Der Stadtrat rechnet mit einem Steuerertrag pro Person von rund CHF 7'200.--. Knapp CHF 2'500.-- davon liefert die Stadt in die Ausgleichsgefässe direkt wieder ab. Also muss genau geschaut werden, wo noch ein paar Franken umgesetzt werden können. Stadtrat Ivo Romer ersucht daher den GGR, sich im Budget darauf zu konzentrieren was wichtig ist und wohin die Reise geht. Das Budget ist auch ein Signal an den Kanton und die kantonalen Verantwortlichen, dass es so in dieser Form nicht mehr weiter gehen kann. Man will in Zug wohl kaum Walliser-Verhältnisse. Wenn die Stadt Zug im Jahr 2012 das Finanzhaushaltungsgesetz verletzt und den Fünfjahresdurchschnitt unterläuft, 100 % Eigenfinanzierung der Investitionen, könnte ihr möglicherweise die Zwangsverwaltung durch den Kanton drohen. So schlimm ist es zwar nicht, aber trotzdem ist darauf zu achten, dass die Prioritäten richtig gesetzt werden. Im Budget rechnet der Stadtrat mit einer Neuverschuldung von

CHF 40 Mio. Diese Zahl wurde aufgrund der Erfahrungswerte angenommen. Bezüglich der vorhandenen Finanzierungslücke und der geplanten und tatsächlich realisierten Investitionen ist dies die betreffende Grössenordnung. Die Schulden der Stadt Zug würden sich dadurch im 2012 verdoppeln. Auch das ist im Moment zumindest tragbar. In diesem Sinne ersucht der Stadtrat um Genehmigung des vorliegenden Budgets mit den Anträgen der GPK, aber ohne den Steuerfussantrag.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, erlaubt sich, jetzt als Präsident der GPK zum Budget 2012 doch noch einige ausführlichere Bemerkungen zu machen, auch wenn er so etwas länger wird, als man es sonst von ihm in dieser GPK-Funktion, gewohnt ist. Als Fraktionssprecher ist dies manchmal nicht der Fall – aber es handelt sich hier schliesslich um ein engagiertes Parlament und keine Schweigende Kammer. Und - schliesslich hat das Büro den GGR heute bereits um 14.00 Uhr antreten bzw. ansitzen lassen. Da haben die Kollegen und Kolleginnen sicher an das Budget 2012 gedacht!, oder? Philip C. Brunner verweist also bewusst nicht nur auf den einigermaßen ausführlichen 24-seitigen Bericht und Antrag, sondern stellt das Budget, das erste, welches in der neuen Legislatur verhandelt werden soll, in einen etwas grösseren Rahmen. Eingehend – und das sei hier wirklich in aller Form festgestellt, möchte Philip C. Brunner dem gesamten Stadtrat, dem verantwortlichen Finanzvorsteher und ganz in besonderem Masse auch dem Finanzsekretär Andreas Rupp und seinem Team danken. Sie haben unter schwierigen Bedingungen eine gute Arbeit abgegeben. Unter den gegebenen Bedingungen, ganz abgesehen vom spezifischen Resultat, wurde das Budget mit Datum 21. Oktober 2011 in der Vorlage 2080 abgegeben. Denn die Parameter waren wirklich dieses Jahr nicht einfach: Die verschiedenen Parameter sind unter anderem:

1. Die erstmalige Einführung vom Rechnungslegungsmodell HRM2 – einem grossen Projekt, welches für alle, aber ganz besonders auch für die Verwaltung eine riesen Herausforderung dargestellt hat. Was auch heute den Nachteil hat, dass heute nicht immer sehr präzise argumentiert werden kann, wird langfristig sicher gut.
2. Das Hauptproblem ist der ZFA/NFA in der Höhe von rund CHF 66,585 Mio. – 25% des Aufwandes von CHF 267'445'400.-- der städtischen Finanzen. Oder wenn dies mit den juristischen Personen in der Höhe von CHF 77, 58 Mio. verglichen wird, sind es weit über 85 %. D.h. die Einwohner zahlen mit der Steuer der natürlichen Personen fast alles! Ein unhaltbarer Zustand, hat man ja auch einen Aufwand für die Firmen an Infrastruktur. Diese Woche wird der Kantonsrat einen Vorstoss von Daniel Stadlin der Grünliberalen Partei zu diesem Thema behandeln. Es ist zu hoffen, dass die andern vier Kantonsräte der Stadt Zug eine einheitliche Strategie für diese Stadt erreichen. Vor allem werden auch die beiden Kantonsräte Vroni Straub-Müller und André Wicki gebeten, sich in dieser Sache zu engagieren. Beim 4. Paket des Steuergesetzes, waren immerhin für einmal fast alle im gleichen Boot und haben Schlimmeres für die Stadt verhindert. Das war noch vor den Abstimmung, darum kann man es ja jetzt öffentlich einmal verraten.
3. Zum GPK Bericht und Antrag: Da hat Philip C. Brunner wenige Fragen erhalten und ersucht, den Anträgen des Stadtrates nun zu folgen. GGR-Kollegin Christina Huber Keiser (SP) sei für den Hinweis mit der Spitex gedankt. Es stimmt, dieser

Punkt ist unklar formuliert. Sie machte sich Sorgen, dass da massivste Kürzungen gemacht werden (vom Stadtrat). Dem ist nicht so. Das Budget beträgt CHF 3,6 Mio. Die Frage war, warum die Kosten der Spitex (erfreulicherweise!) um CHF 0,6 Mio. sinken. Dies erfolgt aufgrund der Aufteilung der Kosten durch die Spitex. Es ist vor allem so, dass auch private Konkurrenten in diesen Markt eingestiegen sind und somit die Öffentlichkeit etwas entlasten.

4. Investitionen: Ein ganz wichtiger Punkt. Nicht nur gehen die Meinungen, auch innerhalb der GPK, auseinander, was welche Priorität hat. In der GPK konnten, vor allem auch dank der Mithilfe eines Baudepartementes, massive Verschiebungen und Umgruppierungen in der Höhe von ca. CHF 6,0 Mio. gemacht werden. Tatsache ist einfach, dass die Stadt Zug wächst, ob man das gut oder schlecht findet. Zug ist herausgefordert, sich bezüglich Schulen, Infrastrukturen, die älteren Mitmenschen (Thema von heute beim 19,0 Mio. Kredit) entsprechend finanziell zu engagieren. Der Vorschlag, aufgrund der tiefen Zinsen und der AAA+ -Wertung der Stadt Zug - die Zinsen liegen unter 1% - während den nächsten Jahren zusätzliche Schulden zu machen, wurde vorgeschlagen, fand aber in der GPK keine grössere Mehrheit.
5. Zum Steuerfuss: Eine Minderheit von immerhin über 40 % (3 x 14,7%) ist der Meinung, man sollte dem Antrag des Stadtrates zu einer Lösung 60 % + 5 % Hand bieten. Dies umso mehr, so wird argumentiert, dass ja aufgrund des neuen Kantonalen Steuergesetzes gar niemand in der Stadt mehr Steuern bezahlen muss, wenn diese Lösung gewählt würde. Die andere Gruppe, und es ist unschwer erkennbar, wer dies sein könnte, ist anderer Meinung. Sie stellt die Stabilität, die Standortfaktoren, zu denen eben auch die Steuern gehören, in den Vordergrund. Gerade in der sich heranziehenden Krise wäre dies ein Kommunikations-GAU – nach aussen. Allerdings – nach innen, also gegenüber den anderen Gemeinden würde dieses Alarmzeichen zweifellos verstanden, hätte aber keine sofortige Wirkung- und schon gar kein Verzicht auf NFA/ZFA-Gelder zur Folge. Zweifellos gibt es für beide Ansichten entsprechende Argumente: Der GGR hat nachher die Wahl der Qual.
6. Konjunktur – Aussichten: Es übersteigt wohl die Aufgabe der GPK, sich dazu hier zu äussern. Philip C. Brunner erwähnt die Situation aber trotzdem, weil es allen in diesem Ratssaal wohl klar geworden ist, dass die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Herausforderungen für 2012 sehr hoch sind – die Lage könnte sehr schwierig werden in mannigfacher Hinsicht. Man kann ja täglich über Sparübungen in anderen Städten, Kantonen, ja in der EU-26-Zone hören. Da kann man hier in Zug fast von paradiesischen Zuständen sprechen. Nur muss jetzt allerdings das Nötige getan werden, sie auch zu erhalten.

Die GPK beantragt dem GGR aufgrund der erwähnten Situation folgende Anträge:

- Kürzung des Budgets im Einverständnis des Stadtrates um CHF 519'500.- gemäss Bericht und Antrag, was einem städtischen Verlust des Haushaltes von neu CHF 467'400.- entspricht.

- Kürzung der Investitionen um CHF 6,04 Mio. wie detailliert aufgeführt, vor allem mittels Verschiebungen ins Jahr 2013. Das wären dann noch Nettoinvestitionen von CHF 75,365 Mio. CHF für das Jahr 2012.
- Einen Steuerfuss von 60 %, also das Weglassen von zusätzlichen 5% für Investitionen. Damit des klar ist: Damit erfolgt eine entsprechende Priorisierung und Kürzung des Investitionsbudgets durch den Stadtrat.

Die GPK hat die Priorisierung des Investitionsbudgets bereits in ihre Pendenzenliste aufgenommen. In diesem Sinne bittet Philip C. Brunner den GGR, den Vorschlägen der GPK zuzustimmen, welche dies mit 5:2 Stimmen empfiehlt.

Karl Kobelt: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausarbeitung und Unterbreitung des Budget für das kommende Jahr. Die Vorlage ist transparent und umfassend ausgearbeitet. Erstes Gebot der Politik ist Verlässlichkeit. Die FDP-Fraktion nimmt es vorweg: die FDP stellt den Antrag, dem Budget und der laufenden Rechnung mit den Kürzungsanträgen der GPK zuzustimmen. Dies bei einem gleich bleibenden Steuerfuss von 60 %. Eine Steuersenkung ist zurzeit ebenso nicht angezeigt wie eine Steuererhöhung ein fatales Signal an Wirtschaft und Private wäre. Man kann nicht über Jahre mehr Geld vom Steuerzahler verlangen, als für die laufenden staatlichen Aufgaben verwendet werden und bei der ersten aufkommenden Brise einknicken. Da und dort ortet die FDP-Fraktion in der laufenden Rechnung Sparpotenzial und wird in der Detaildebatte darauf zu sprechen kommen. Insgesamt erachtet die FDP-Fraktion die Ausgabedisziplin des Stadtrates indes als befriedigend. Diesbezüglich dankt man dem Finanzvorsteher, der seinen Einfluss spürbar geltend macht. Ein weiteres Gebot der Politik heisst, auf erkennbare Entwicklungen zu reagieren. Der Wind hat deutlich aufgefrischt und bläst der Stadt Zug neuerdings ins Gesicht. Deshalb gilt es, die Segel richtig zu stellen und sorgsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen. Die vom Stadtrat von Zug mit linker Mehrheit beantragte Erhöhung des Steuerfusses ist klar auf die geplanten Investitionen zurückzuführen. Unter den geänderten Vorzeichen ist ein Investitionsvolumen von annähernd CHF 80 Mio. schlicht zu gross. Der Stadtrat wird aufgefordert, den deutlichen Zeichen der Zeit – es sei hier auch auf die schwächelnde Konjunktur verwiesen – Rechnung zu tragen. Die Gestaltung der Geschicke dieser Stadt ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Deshalb sind die Kräfte klug einzuteilen, die Neuverschuldung und damit die Zinslast sind in Grenzen zu halten. Dies mit Blick auf die kommenden Jahre, in denen die Herausforderungen nicht kleiner werden. Die FDP-Fraktion beantragt ein Globalbudget Investitionen auf den nicht bewilligten Krediten und unter Berücksichtigung von möglichen Devestitionen im Umfang von CHF 40 Mio. Damit setzt die FDP ein starkes Signal. Gouverner c'est prévoir – wer langfristig Erfolg haben will, muss heute die Weichen richtig stellen. Es geht dabei um die nicht bewilligten Kredite. Gern hätte die FDP-Fraktion den Schnitt noch tiefer getan, doch möchte sie nicht auf bewilligte Kredite zurückkommen müssen. Damit nimmt die FDP-Fraktion ihre Aufgabe als Parlamentarier wahr. Von einer Unterbreitung von konkreten Vorschlägen, wo weniger investiert werden soll, wird abgesehen. Weshalb? Auf Investitionen verzichten ist stets schmerzhaft. Es gibt immer Gründe, an einzelnen Vorhaben festzuhalten, je nach Interessenslage kommt der Widerstand einmal aus dieser, einmal aus jener

Ecke. Es ist deshalb richtig, einen Grundsatzentscheid zu fällen und dem Stadtrat die Priorisierung zu überlassen. Es war zu hören, dass hier noch Potenzial herrscht, der Stadtrat noch stärker priorisieren könnte. Die FDP-Fraktion möchte ihm sogar zwingend diese Priorisierung auferlegen und zählt hierin auf die Unterstützung der beiden anderen bürgerlichen Fraktionen. Man kann doch nicht jedes Jahr bei der laufenden Rechnung Kürzungen in kleinen Beträgen anbringen und dann dort, wo der Hebel anzusetzen ist und wo wirklich Wirkung zu erzielen wäre, einfach nichts tun.

Manfred Pircher: Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Der Steuersatz sei auf 58 % festzulegen, eine Steuererhöhung wird aus folgenden Gründen abgelehnt: Es wäre ein schlechtes Zeichen für die Wirtschaft und den Standort Zug, bei der jetzigen Lage die Steuern zu erhöhen, zudem Baar, Walchwil usw. jetzt schon tiefere Steuern haben. Da als einziges das Baudepartement sich die Mühe genommen hat und proaktiv bei diversen Bauvorhaben massiv eingespart hat, sollte es auch bei anderen Departementen möglich sein, nochmals CHF 5 Mio. bei den Ausgaben einzusparen. CHF 5 Mio. entsprechen nicht einmal 2 % der gesamten Ausgaben. Das muss möglich sein. Der Sach- und Betriebsaufwand ist um CHF 4,24 Mio. gestiegen. Das sind 12,24 %. Das ist einfach zu viel. Schon im Vorjahr betrug die Erhöhung 5,6 %, d.h. in zwei Jahren stiegen die Kosten um 18,52 %. Die SVP hat immer wieder Sparanträge in diesen Rat gebracht, jedoch wurde auf diese Forderungen nicht eingegangen. Nun muss endlich gehandelt werden. Nun ist die Kreativität des Stadtrates gefragt, wo er die Ausgaben kürzen will.

Martin Eisenring möchte einleitend im Namen der CVP-Fraktion bei Stadtrat und Verwaltung für die seriöse und gute Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung des Budgets danken. Es ist etwas bedauerlich, dass die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen aufgrund der neuen Aufstellung HRM2 erschwert wurde. Die CVP-Fraktion teilt die Meinung der GPK, dass eine Steuererhöhung derzeit nicht opportun und angebracht sei. Aufgrund der wirtschaftlich sehr anspruchsvollen Gegebenheiten hält sie es für ein völlig falsches Signal, die Steuer in dieser schwierigen Zeit zu erhöhen. Eine Vielzahl der Steuerzahler in der Stadt Zug hat diesen Standort auch aufgrund des vorteilhaften Steuerumfelds gewählt. Der Zeitpunkt ist noch nicht gegeben. Zug ist in einer viel zu komfortablen Situation, um über diese letzte Massnahme hier nachzudenken. Es sei auch daran erinnert, dass eine Vielzahl anderer Kantone, aber auch Gemeinden im Kanton Zug die vergangenen Jahre genutzt haben, sich selber vorwärts zu bringen und sich fit zu machen. Heute können sie diese Früchte der Anstrengungen, die in der Stadt etwas versäumt wurden, ernten, indem sie heute Steuern senken können. Es ist nicht nur der Fehler des Stadtrates, dass dies nicht geschehen ist. Es ist allen klar, dass diese Thematik NFA und ZFA ein ganz wichtiges Thema ist und die Stadtkasse sehr stark belastet. Es ist unbedingt notwendig, dass der Stadtrat und die Kantonsräte der Stadt Zug zusammenspannen und eine vernünftige Lösung beim Kanton erwirken. Vor diesem Hintergrund erachtet Martin Eisenring auch die vom Stadtrat aufgestellte These, die Steuern zu erhöhen, nicht so ungeschickt. Wenigstens wurde das Problem auf kantonaler Ebene gehört. Dies darf aber dennoch nicht zur Folge haben, dass dieser Weg verfolgt wird. Es muss das Ziel sein, mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung zu präsen-

tieren, eine vernünftige Eigenkapitalquote aufzuweisen, eine attraktive Steuerbelastung und eine tiefe Verschuldensquote zu präsentieren. Heute ist Zug nach wie vor in einer relativ komfortablen und guten Situation, vor allem auch wenn man das Budget anschaut und sieht, wo die grossen Kosten herkommen. Immerhin sind es nicht die Zinszahlungen, die belasten, sondern die zu tätigen Investitionen. Da hat der Rat einen grossen Gestaltungsspielraum. Es liegt in der Hand des Rates, wann diese Investitionen in welchem Umfang getätigt werden sollen. Die CVP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, um zurück zu Demut und Bescheidenheit zu kommen und zu analysieren, was wünschbar, luxuriös und was nötig ist. Was nicht nötig ist, soll vorerst einmal gestrichen werden. Das Wünschbare soll auf die Jahre verteilt werden, wenn man sich dies leisten kann. Das Budget muss ganz kritisch hinterfragt werden. Die CVP-Fraktion wird deshalb mit verschiedenen Streichungsanträgen kommen. Die CVP-Fraktion ist wie die FDP-Fraktion klar der Meinung, dass die Investitionstätigkeit klar priorisiert werden muss. Es ist eine der nobelsten und Kernaufgaben des Stadtrates, hier sorgfältig mit den finanziellen Mitteln umzugehen, wie dies jeder Haushaltsvater auch tun muss. Allgemein müssen die Kosten gesenkt werden. Es ist etwas erschreckend, wie hoch die allgemeine Kostensteigerung in den letzten Jahren war. Sämtliche Kurven scheinen nur aufwärts zu gehen, was so nicht sein kann. Es muss darüber nachgedacht werden, ob jetzt eine Personalplafonierung benötigt wird oder die Mittel ganz effizient eingesetzt werden sollen. Es muss auch darüber nachgedacht werden, wo und ob die Löhne angehoben werden sollen. Immerhin gab es in den vergangenen Jahren praktisch keine Inflation. Vor allem muss man sich auch überlegen, was mit dem Finanzvermögen geschehen soll. In den vergangenen Jahren wurden Investitionen in Immobilien getätigt, die sich nicht rechtfertigen lassen. Es zeigen sich auch jetzt wieder Anzeichen, z.B. mit dem Erwerb Rötel. Ob es tatsächlich notwendig ist, dass die Stadt mittlerweile einen ansehnlichen Restaurant- und Gastrobetrieb in der Stadt führt, ist zu bezweifeln. Es gab auch verschiedene Vorlagen wie z.B. mit der Galvanik, wo private Unternehmer konkurrenziert werden. Muss die Stadt ihre Tätigkeit in diesem Bereich tatsächlich ausweiten? Martin Eisenring unterstützt dieses Vorgehen ganz klar nicht. Die Krise muss als Chance genutzt und eine Diät gemacht werden. Verschiedene Punkte wurden bereits genannt, z.B.:

- Streethockeyhalle
- Umbau und Ausbau Casino
- Erwerb verschiedener Liegenschaften im Gastrobereich

Hier könnte wirklich auf relativ einfache Weise und ohne, dass es den Bürger schmerzt, signifikant Geld gespart werden. Abschliessend sei nochmals daran erinnert, dass eine Steuererhöhung derzeit für die CVP-Fraktion überhaupt nicht in Frage kommt. Stadtrat und Parlament müssen zeigen, wo gespart werden kann und dies auch umsetzen. Die CVP-Fraktion beantragt daher, auf die Vorlage einzutreten und den Beschluss mit den von der GPK beantragten Änderungen gutzuheissen.

Barbara Stäheli: Das vorliegende Budget unterscheidet sich von den bisherigen Budgets. Zum Ersten wurde es mit dem neuen Rechnungslegungsmodell HRM2 erstellt. Zum Zweiten schlägt der Stadtrat zum Steuerfuss von 60% eine Erhöhung von 5% zur

Finanzierung von Investitionen vor. Die quasi Splitting des Steuerfusses für die laufende Rechnung und Investitionsrechnung ist ein Novum. Die Umstellung zum HRM2 zeigt sich nur schon in der Darstellung des vorliegenden Budgets. In der Phase der Umstellung ist es, ohne immensen Zeitaufwand, extrem schwierig die einzelnen Konten zu vergleichen. Im Budget sind einzig die Gesamtsummen der einzelnen Kostenstellen mit Vergleichszahlen aus den Vorjahren abgebildet. Auch für die Verwaltung bedeutete die Umstellung ein grosser Zeitaufwand, und dafür sei ihr an dieser Stelle herzlich gedankt. Zur laufenden Rechnung: Nach der GPK-Sitzung beläuft sich das Defizit noch auf CHF 467'400.--. Die in der GPK getätigten Kürzungen von CHF 519'500.-- wurden weitgehend von allen Anwesenden übernommen. Würde es einen Preis für die höchsten Kürzungen geben, bekäme dieser Preis das Baudepartement. Netto sind während der GPK-Sitzung von diesem Departement CHF 357'500.-- eingespart worden. Sparen ist eine ehrenwerte Tugend. Aber diese spontanen Kürzungen, vom Departement selber an der GPK-Sitzung initiiert, hinterlassen ein schales Gefühl. Das Vertrauen in einen seriösen Budgetprozess wird aus Sicht der SP schon etwas angekratzt. Dafür erhält das Baudepartement von der SP-Fraktion kein Lob. Insgesamt präsentiert der Stadtrat ein ausgeglichenes Budget, welchem die SP-Fraktion in vorliegender Form zustimmt.

Zur Investitionsrechnung: Die Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von CHF 81.4 Mio. Franken vor. Auch hier bekommt das Baudepartement den 1. Preis. Investitionen von rund CHF 5 Mio. wurden auf die Folgejahre verschoben. Davon CHF 3'350'000.-- ins Jahr 2013, obwohl gemäss Finanzplan für dieses Jahr Investitionen von CHF 92.6 Mio. geplant sind. Macht dies wirklich Sinn? Neben den Finanzen müssen die Projekte auch betreut werden und ob für ein solches Investitionsvolumen genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, ist fragwürdig. Wenn man die geplanten Investitionen für die kommenden Jahre anschaut, sieht man für die Jahre 2012 und 2013 eine Spitze. Anschliessend sollte das Ausgabevolumen im Jahr 2014 auf CHF 46.3 Mio. sinken. Nachdem nun viele Jahre über den Investitionsstau moniert wurde, kommt es in den nächsten drei Jahren zu hohen Investitionen. Diese sollen getätigt werden, da die Projekte vorbereitet sind und auch einem Bedürfnis entsprechen. Der Stadtrat hat sich gesunde Gemeindefinanzen, einen stabilen Steuerfuss, aber auch ein hohes Leistungsangebot zum Ziel gesetzt. Die Voten der Vorredner haben es gezeigt, dass es nur eines gibt, nämlich einen tiefen Steuerfuss. Nur: wie werden diese hohen Investitionen finanziert? Eines ist für die SP-Fraktion klar: Devestitionen kommen nicht in Frage. Veräusserungen von Land oder Liegenschaften, zur Finanzierung von Projekten, sollen nur in Zeiten absoluter Not getätigt werden. Und dies ist zurzeit klar nicht der Fall. Geld aufzunehmen, das heisst Schulden zu machen, kommt für die SP ebenfalls nicht in Frage und widerspricht der Finanzstrategie, da die strategische Zielgrösse von 50 % bei der Eigenkapitalquote nicht eingehalten werden kann. Bleibt noch die Verzichtsplannung, oder die Steuererhöhung von 5 %. Viele geplante Projekte sind notwendig und nicht aufschiebbar, andere sind für die Bewohnerin und Bewohner attraktiv und tragen dazu bei, dass Zug nicht nur wegen den Steuern ein attraktiver Wohnort bleiben kann. Mit einer 5 %igen Steuererhöhung als kurzfristige Übergangsmassnahme kann sich Zug diese Investitionen auch leisten. Dem Bürger wird die Steuererhöhung nicht wehtun. Mit der kantonalen Steuergesetzrevision wird es für die meisten ein Nullsummenspiel

sein. Längerfristig wird eine bessere Lösung für den ZFA gesucht werden müssen, um mit den hohen Belastungen der Stadt Zug umgehen zu können. Die SP unterstützt den Vorschlag des Stadtrates für einen Steuerfuss von 60 % und eine 5 %ige Erhöhung für Investitionen.

Stefan Hodel: Finanzplan und Budget wurden in einer ganztägigen Sitzung der GPK vorbesprochen, dabei wurden die nötigen Korrekturen vorgenommen. Jeder Gemeinderat hatte die Möglichkeit, dem Vertreter seiner Partei vor der GPK-Sitzung die wichtigen Fragen mitzugeben. Stefan Hodel hofft, dass dies so gemacht wurde und dass der GGR heute nicht Dutzende von neuen Anträgen zum Budget behandeln muss. Zu Anträgen, die erst heute gestellt werden, kann die Verwaltung aus zeitlichen Gründen nicht mehr konsultiert werden. Die 2. und die 3. Steuergesetzrevision führen zu Mindereinnahmen für die Stadt von CHF 16 Mio. Der Stadtrat schlägt vor, einen Steuerfusszuschlag von 5 % zu verlangen, um die geplanten Investitionen tätigen zu können. Ein Steuerfussprozent entspricht CHF 2.5 Mio. Wenn der GGR dem Stadtrat also zustimmt, so kompensiert er bloss teilweise die Mindereinnahmen, welche die Folgen der Steuergesetzrevisionen sind. Für die allermeisten Steuerzahler (natürliche und juristische Personen) bedeutet ein städtischer Steuersatz von 60 plus 5 % trotzdem, dass sie im Jahre 2012 weniger Steuern bezahlen müssen, sofern sich Einkommen und Vermögen nicht ändern. Die Stadt soll für ihre Steuerzahler ein verlässlicher Partner bleiben, wie dies von der SVP-Seite zu hören war. Also sollen frankenmässig etwa gleich viel Steuern wie dieses Jahr verlangt werden. Immer mehr Vielverdiener und Vermögende werden aufgrund der tiefen Steuersätze in den Kanton Zug gelockt. In der Migrationspolitik würde man vom Pullfaktor sprechen. Die negativen Folgen sind bekannt: In anderen Gemeinden, Kantonen und Ländern fehlen in der Folge die Steuereinnahmen. Die Stadt Zug verändert sich in einem beängstigenden Tempo. Der Verkehr nimmt zu, es wird gebaut wie noch nie. Wenn dem Antrag des Stadtrates zugestimmt und heute ein Steuerfusszuschlag von 5 % bewilligt wird, so gibt der GGR ein wenig Gegensteuer. „Haben wir doch keine Angst davor, dass in der Folge Steuerzahler in eine andere Zuger Gemeinde abwandern oder vielleicht gar dort bleiben wo sie sind.“ Die Fraktion AF-CSP hat in den letzten Jahren immer den Antrag des Stadtrates unterstützt, daran ändert auch heute nichts, wenn nun erstmals die bürgerlichen Vertreter des SR nicht mehr in der Mehrheit sind. Die Fraktion Alternative-CSP ist daher einverstanden mit einem Steuerfusszuschlag von 5 %, wie dies der Stadtrat vorschlägt.

Michèle Kottelat: Die Grünliberalen unterstützen den Antrag der GPK, den Steuerfuss auf 60 % zu belassen und auf die zusätzlichen 5 % zur Finanzierung der Investitionen zu verzichten. Sie lehnen im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik eine Steuererhöhung ab. Steuererhöhungen in wirtschaftlich unsicheren Zeiten - das ist die Situation in der sich Zug jetzt befindet - sind volkswirtschaftlich wenig sinnvoll. Steuerertragsreserven sind da, um in wirtschaftlich unsicheren Zeiten verwendet werden zu können. Anstelle einer Steuererhöhung schlagen die Grünliberalen deshalb vor, dass der Stadtrat die Investitionen nochmals überarbeitet, gegebenenfalls Desvestitionen prüft, die Steu-

erreserven anzapft und einen Teil fremdfinanziert, bei den momentanen Zinsätzen sicher eine attraktive Option.

Man kann nicht mit den Grünliberalen rechnen, bei einer Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds mit höherem Steueraufkommen, die Steuern weiter zu senken. Wenn jetzt die Steuerertragsreserven eingesetzt bzw. vermindert werden, müssen sie in guten Zeiten geäußert werden – so verstehen die Grünliberalen eine nachhaltige Finanzpolitik. Den Antrag der SVP-Fraktion für eine Steuersenkung nehmen die Grünliberalen als humoristische Einlage entgegen und lehnt ihn selbstverständlich ab.

Monika Mathers: Nach der Diskussion in der GPK und aufgrund der parteipolitischen Verhältnisse hier im Rat, müsste Monika Mathers zum Steuerfuss gar nicht mehr sprechen. Alle haben sich in der Fraktion ihre Meinung gemacht. Wenn Monika Mathers es trotzdem wagt ihre Ratskolleginnen und Ratskollegen zu bitten, vorurteilslos zuzuhören und diese Gedanken wohlwollend in ihre Überlegungen einfließen zu lassen, so tut das Monika Mathers im Glauben an die Demokratie und ein Parlament, in dem man miteinander parliert und sich nach Anhörung aller Argumente zu einer Lösung durchringt. Die Steuereinnahmen sind durch „technische“ Umstände recht geschrumpft. Ungefähr 66 Millionen (ca. 1/3) des Steuerertrages oder 2450 Franken pro Person gehen auf direktem Weg zu NFA und ZFA. Daneben muss die Stadt Zug durch die kantonalen Steuergesetzrevisionen gegenüber früheren Jahren auf weitere CHF 27 Mio. Steuereinnahmen verzichten. Dieses Geld fehlt der Stadt Zug nicht für die laufende Rechnung, sondern für das Investitionsprogramm. Es wird nicht möglich sein, im Fünfjahresdurchschnitt den Selbstfinanzierungsgrad von 100 % zu erreichen. Doch das ist nicht nur die strategische Vorgabe, sondern auch die Vorgabe des Finanzhaushaltgesetzes. Was tun? Man kann, wie man so schön sagt, deinvestieren, einen Teil des Eigentums verkaufen. Man kann das Investitionsprogramm auf Pump durchführen und billiges Geld aufnehmen. Man kann den Gürtel enger schnallen und bei den Investitionen sparen oder einen Teil davon auf später verschieben. Man kann für einige Jahre die Steuern massiv erhöhen, um die Investitionen zu finanzieren. Über Deinvestitionen zu sprechen, scheint zu früh. Man verscherbelt sein Tafelsilber erst im finanziellen Notfall. Soweit ist die Stadt Zug beileibe nicht. Schulden machen: Wer die Wirtschaftsnachrichten und –prognosen etwas studiert, ist sich klar, dass man düsteren Zeiten entgegengeht. Durch den starken Franken und die Schuldenkrise in vielen entwickelten Ländern, ist der Außenhandel schwierig geworden und Touristen suchen sich billigere Destinationen. Es muss also die Binnenwirtschaft, das Gewerbe gestützt werden. Das kann man nur, wenn antizyklisch gehandelt, jetzt Geld ausgegeben und Aufträge verteilt werden. Wie viele Arbeitsplätze könnten mit einem CHF 80 Mio. Investitionsprogramm wenigstens vorübergehend erhalten bleiben? Die Löhne, die so ausbezahlt werden, unterstützen den Detailhandel und weiteres Gewerbe. Es ist also klug, wenn der Staat jetzt investiert. Es ist auch verlockend, dazu billiges Geld aufzunehmen. Doch wie lange bleiben die Zinsen so tief? Mit dieser Massnahme würde das Finanzierungsproblem nur den Kindern zugeschoben, was nicht wünschbar scheint. Sparen und Investitionen verschieben oder gar nicht tätigen? Sicher kann Luxus aus dem Investitionsprogramm gestrichen werden. Der Fraktionschef der Alternative-CSP hat solchen bereits benannt. Not-

wendige Aufgaben und Projekte auf die lange Bank zu schieben, bringt aber nichts. Wenn es um Sanierungen geht, könnte das die Gesamtkosten sogar noch erhöhen. Ausserdem hat gerade dieses Verschieben oder nicht Tätigen von geplanten Investitionen vor einigen Jahren zum heutigen Stau geführt. Das zeigt der Vergleich zwischen Investitionsbudget und Investitionsrechnung seit der Jahrtausendwende. Der Stadtrat schlägt vor, den Steuerfuss zu Gunsten der Investitionen vorübergehend zu erhöhen. Näher betrachtet, ist das für den Steuerzahler de facto keine Erhöhung. Die letzte kantonale Steuerreduktion macht nämlich mehr aus als die 5 Prozentpunkte, mit denen der Stadtrat die Investitionskasse äufnen will. Man könnte also sagen, dass mit dieser Massnahme ein Teil der Auswirkungen des 4. Revisionspaketes um 3-4 Jahre hinausgeschoben wird. Niemand wird also mit einer Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozentpunkte nächstes Jahr mehr Steuern bezahlen! Durch die grossen Investitionen werden aber das Gewerbe und damit ein Grossteil der Bevölkerung gewinnen. Aus diesen Überlegungen bittet die Fraktion Alternative-CSP, die Investitionen nicht zusammenzustreichen und einer Steuerfusserhöhung um 5% zur Finanzierung des Investitionsbudgets zuzustimmen.

Martin Eisenring: Es wurde wiederholt die These vertreten, dass es derzeit nicht der richtige Zeitpunkt sei, um Devestitionen zu tätigen bezüglich gewisser Liegenschaften, die erwiesenermassen für die Verwaltungstätigkeit keinen Wert haben. Dies möchte Martin Eisenring klar in Abrede stellen. Es ist ein grosses Problem, wenn man dann verkaufen muss und die nötige Zeit dafür fehlt. Dann kann nicht der Preis, den man möchte, erzielt werden. Heute besteht eine gute Immobilienpreissituation, weshalb es sich lohnen würde, darüber nachzudenken, Liegenschaften zu einem guten Preis die während mehreren Jahren betrieben wurden. Das ist kein Rückzug und heisst auch nicht, dass die Stadt Zug nie mehr Immobilien erwerben soll. Wenn man Landreserven für öffentliche Zwecke erwerben kann, oder wenn sich zeigt, dass ein Grundstück zum Kauf steht, welches für die Bevölkerung langfristig wichtig ist, kann dies sicher in Erwägung gezogen werden. Aber einfach Liegenschaften nur im Portefeuille zu halten und sie erst zu verkaufen, wenn die Kasse wirklich leer ist, ist ein gefährliches Unterfangen.

Philip C. Brunner spricht namens der SVP-Fraktion: Das Votum von Martin Eisenring zeigt genau die Idee auf, wenn man von Devestitionen spricht. Man muss jetzt nicht in Panik verfallen und irgendwelche Immobilien einfach auf den freien Markt bringen, sondern es sind klare und strategische Überlegungen anzubringen, um zu klären, was in den nächsten Jahren notwendig ist. Es geht hier nicht um Panikverkäufe und Verscherbeln von Tafelsilber. Es geht viel eher darum, abzuwägen, was für die Zukunft noch notwendig ist, und dann eine entsprechende Planung durchzuführen. Philip C. Brunner möchte namens der SVP-Fraktion Stadtrat André Wicki etwas in Schutz nehmen: Die Situation wurde als eine Art unorganisiertes Chaos dargestellt. Es handelt sich aber um einen ständigen Auftrag eines jeden Stadtrates, kritisch in seinem Departement über die Kosten zu gehen und die Investitionen zu prüfen. Das fand innerhalb des Baudepartementes zusammen mit den Abteilungschefs an einem Wochenende statt.

Dafür sollte eher ein Lob ausgesprochen werden. Das Vorgehen passt in einen Budgetprozess. Wer in der Privatwirtschaft schon in einen Budgetprozess involviert war, weiss, dass bis zum letzten Moment noch Veränderungen vorgenommen werden. Das Vorgehen des Baudepartementes hatte durchaus Vorteile, wurden doch nicht nur Streichungen vorgenommen, sondern es wurden fehlende Positionen zugleich korrigiert. Dieses Vorgehen war also ganz im Sinne der Sache, weshalb Stadtrat André Wicki im Namen der SVP-Fraktion der Dank ausgesprochen wird. Mit der humoristischen Note betr. Der 5 % hat Philip C. Brunner etwas Mühe. Es geht um eine Einsparung von 2,5 %. Von 2010 auf 2011 sind in der Stadtverwaltung die Löhne um über 6 % gestiegen. Es ist richtig: in dieser Budgetphase beträgt die Steigung nur 0,4 %. Der Sach- und Betriebsaufwand ist über zwei Jahre um 18,5 % an gestiegen. Im Budget sind die Begründungen aufgeführt. Teilweise handelt es sich um Folgekosten, welche der GGR beschlossen hat. Trotzdem ist sicher noch Potential vorhanden. Es ist Aufgabe des GGR, der Verwaltung und dem Stadtrat kritisch zu begegnen und das Budget genau zu prüfen. Die von der CVP-Fraktion angekündigten Anträge werden von der SVP-Fraktion selbstverständlich unterstützt. Ausgenommen davon sind die Investitionen. Bezüglich der Investitionen verweist Philip C. Brunner auf das Votum von Karl Kobelt und stellt fest, dass offenbar ein Missverständnis besteht. Philip C. Brunner ging immer davon aus, dass die Sprache von CHF 40 Mio. sei, die das globale Budget umfassen. Heute wurde die Meinung geäußert, dass es sich um die zusätzlichen Projekte handelt. Tatsächlich sind CHF 32 Mio. bereits durch den GGR und den Stadtrat bewilligt. Wenn hierzu noch CHF 40 Mio. dazukommen, ergibt sich ein gesamtes Volumen von CHF 72 Mio. Wenn von den vom Stadtrat vorgeschlagenen CHF 81 Mio. die CHF 6 Mio. subtrahiert werden, ergibt sich noch eine Differenz von CHF 3 - 4 Mio.

Michèle Kottelat: Wer sich in der Bauwirtschaft im Kanton Zug etwas auskennt, weiss, dass sie völlig überhitzt ist und hier viel zu hohe Preise bezahlt werden. Der beste Beweis ist die Vorlage Sportanlagen Herti Nord. Hier war ursprünglich vorgesehen, mit dem Neubau des Garderobengebäudes im Herbst 2010 zu beginnen. Auf die öffentliche Ausschreibung der verschiedenen Arbeitsgattungen wurden nur sehr wenige Offerten eingereicht, in einem Fall gar nur eine einzige. Diese lagen zudem weit über dem Kostenvoranschlag. Es müssen also nicht jetzt Investitionen getätigt werden, damit die Bauwirtschaft überleben kann. Die Zuger Bauwirtschaft muss zurzeit Personal aus Deutschland anwerben, damit die Bauten überhaupt zeitgemäss realisiert werden können. Diesbezüglich besteht also überhaupt kein Handlungsbedarf.

Karl Kobelt ist mit verschiedenen Vorschlägen zur Laufenden Rechnung und zur Investitionsrechnung konfrontiert. Es ist daher ein Bedürfnis der FDP-Fraktion, kurz dieses Thema diskutieren zu können, weshalb ein Time out von 5 Minuten beantragt wird.

Urs Bertschi bezieht sich auf das Votum von Michèle Kottelat bezüglich Garderobengebäude: Diese Vorlage wurde in der BPK geprüft. Es wäre verfehlt, genau dieses Beispiel hier anzuführen als leuchtendes Beispiel für eine überhitzte Bauwirtschaft. Ohne jemandem auf den Fuss treten zu wollen, müsste man auch die Vorarbeiten des Architek-

turbüros näher unter die Lupe genommen werden. Diese Vorlage ist hierfür ein schlechtes Beispiel.

Ratspräsident Jürg Messmer unterbricht die Sitzung für ein Time out von rund fünf Minuten.

Karl Kobelt dankt nach Wiederaufnahme der Sitzung für das gewährte Time out und stellt namens der Fraktionen der SVP, CVP und FDP sowie der Grünliberalen den Antrag, die Anträge betr. Investitionsrechnung der FDP-Fraktion sowie den Antrag der SVP-Fraktion betr. der Laufenden Rechnung in einen Gesamtantrag zu verbinden. Die beiden Anträge liegen schriftlich vor. Eine Neuformulierung ist wohl nicht notwendig.

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die SVP-Fraktion eine 5 % Globalkürzung der Ausgaben der Laufenden Rechnung verlangt.

Manfred Pircher korrigiert, dass die SVP-Fraktion eine globale Kürzung der Ausgaben der Laufenden Rechnung von CHF 5 Mio. verlangt.

Stefan Hodel: Entsprechen die beiden Vorschläge nicht einer Rückweisung von Budget und Investitionsrechnung? Die Antragsteller wollen eine pauschale Kürzung um gewisse Beträge, sagen aber nicht konkret, bei welchen Positionen. „Ich verstehe die Welt nicht mehr ganz.“ Das bedeutet eine Rückweisung des Budgets. Der Stadtrat soll über die Bücher und im nächsten Frühling ein neues Budget vorlegen. Das Gleiche wurde im Kanton Schwyz im vergangenen Jahr beschlossen. Der Aufwand betrug CHF 400'000.-- für die ganze Überarbeitung. Die Verwaltung war zum Teil lahm gelegt, gewisse Sachen konnten nicht gemacht werden. Das war ein riesiges Durcheinander. Wenn man das in Zug auch will, dann bitte!

Karl Kobelt: Genau das wollen die Antragsteller. So verstehen sie die Rolle dieses Parlaments: dieses setzt die Leitplanken, und die Verwaltung entscheidet. Es ist die Exekutive, welche ausführt, was die Legislative als Rahmenbedingung vorgibt. Das sind klare Vorgaben, und der Stadtrat ist jetzt in der Pflicht.

Stadtrat Ivo Romer interpretiert den gestellten Antrag als globalen Kürzungsantrag, indem bei der Laufenden Rechnung Seite 15, Hauptzahlen, der Aufwand von CHF 267'147.700.-- um CHF 5 Mio. im Sinne eines Globalauftrages zu kürzen ist. Der Stadtrat hat die entsprechende Umsetzung vorzunehmen. Das gilt entsprechend auch für die Investitionsrechnung. Hier geht es aber um die nicht bewilligten Kredite von CHF 53 Mio., die gekürzt werden sollen.

Ratspräsident Jürg Messmer liest den vom Stadtschreiber Arthur Cantieni formulierten möglichen Beschlussesentwurf, Ziff. 2.: Für das Jahr 2012 aufgestellte Budget wird mit einer Obergrenze der nicht bewilligten Investitionen von CHF 44 Mio. und einer Reduktion der Laufenden Rechnung um CHF 5 Mio. genehmigt.

Werner Hauser: Auch bei der Laufenden Rechnung kann eine Obergrenze genannt werden.

Ratspräsident Jürg Messmer: In der Laufenden Rechnung ist die Reduktion mit CHF 5 Mio. genannt.

Stadtrat Ivo Romer: In der Konsequenz bedeutet das, dass damit als neue Vorgabe für den Stadtrat ein Ertragsüberschuss von ca. CHF 4 Mio. geplant wird.

Astrid Estermann staunt schon etwas, dass vor allem die Bürgerlichen Investitionen kürzen wollen. Sie, welche sich immer so gewerbefreundlich rühmen, kürzen das Budget für Investitionen. In den letzten Jahren wurde das vorgegebene Budget meistens gar nicht erreicht. Jetzt soll dieses schon zum Voraus gekürzt werden. Astrid Estermann hat dafür echt kein Verständnis. Andererseits wollen sie dem sogenannten linksmehrheitlichen Stadtrat es überlassen, wo er die Kürzungen vornehmen soll. Das ist erst recht nicht zu verstehen.

Ratspräsident Jürg Messmer liest den zusammengesetzten Antrag nochmals vor: Antrag auf globale Kürzung von CHF 5 Mio. bei den Ausgaben (Laufende Rechnung) sowie globale Investitionen auf den nicht bewilligten Krediten und unter Berücksichtigung der Investitionen im Umfang von CHF 40 Mio.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, erkundigt sich, ob die GPK-Kürzungen darin inbegriffen sind.

Stadtrat Ivo Romer: Ausgangslage war die Kürzung der GPK bei den Investitionen. Diese werden vom Stadtrat angenommen. Ausgenommen davon ist der Antrag bezüglich Steuerfuss. Die Situation jetzt ist aber anders und kann nur noch vom Antrag des Stadtrates ausgehen.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktionen der FDP, CVP und SVP sowie der GLP, lautend: globale Kürzung von CHF 5 Mio. bei den Ausgaben (Laufende Rechnung) sowie globale Investitionen auf den nicht bewilligten Krediten und unter Berücksichtigung der Investitionen im Umfang von CHF 40 Mio.:

Für den Antrag stimmen 26 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 13 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR den Antrag der Fraktionen FDP, CVP und SVP sowie der GLP mit 26:13 Stimmen gutgeheissen hat.

Steuerfuss:

Ratspräsident Jürg Messmer schlägt vor, die drei zur Diskussion stehenden Anträge in einer ersten Abstimmung einander direkt gegenüberzustellen.

1. Abstimmung

- Der Antrag Stadtrat für 60 % + 5 % erhält 13 Stimmen
- Der Antrag der Antrag FDP-Fraktion für 60 % erhält 19 Stimmen
- Der Antrag der SVP-Fraktion für 58 % erhält 7 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der Antrag der FDP-Fraktion mit 19 Jastimmen obsiegt hat. Die beiden Anträge mit weniger Stimmen werden nun in der zweiten Abstimmung einander gegenübergestellt.

2. Abstimmung

- Der Antrag des Stadtrates für 60 % + 5 % erhält 13 Stimmen
- Der Antrag der SVP-Fraktion für 58 % erhält 17 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der Antrag der SVP-Fraktion gegenüber dem Antrag des Stadtrates mit 17:13 Stimmen obsiegt hat. Somit ist der Antrag des Stadtrates ausgeschieden. Der Antrag der SVP-Fraktion wird nun in der dritten Abstimmung dem Antrag der FDP-Fraktion gegenübergestellt.

3. Abstimmung

- Der Antrag der FDP-Fraktion für 60 % erhält 28 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der Antrag der FDP-Fraktion mit 28 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts das absolute Mehr erreicht hat und somit als beschlossen erscheint.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1.1 (gemäss gutgeheissenem Antrag FDP) und Ziff. 1.2 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Zu Ziff. 2 (gemäss der neu vorgelegten Formulierung) sowie zu Ziff. 3 bis 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 26:13 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1562 betreffend Budget 2012

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2180 vom 25. Oktober 2011:

1. Die Steuern für das Jahr 2012 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen mit 60 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.2 Die Hundesteuer mit CHF 100.--.
Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2012 aufgestellte Budget wird - mit einer Obergrenze der nicht bewilligten Investitionen von CHF 40 Mio. und einer Reduktion der Laufenden Rechnung um CHF 5 Mio. - genehmigt.
3. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2012 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.
4. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

7. Erwerb von 44 Pflegebetten im Neubau Pflegezentrum 11, Baar; Investitionsbeitrag

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2177

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2177.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2177.2

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Philip Brunner, Präsident GPK, verweist auf Bericht und Antrag, insbesondere auf Beilage 1 betr. Pflegebettenbedarf der Stadt Zug, sowie auf Beilage 2, Zusatzbericht des SUS, welcher von der GPK rechtzeitig für die Sitzung angefordert wurde. Der Bedarf für diese Betten ist ausgewiesen. Der demographische Trend und die Entwicklung sind eindeutig. Eine Stiftung realisiert und unterstützt dieses Engagement massiv mit fast CHF 9 Mio. Dadurch erhält die Stadt Zug eine Subvention. Die Stadt ist von den ganzen Umtrieben mit dem Bau und Betrieb entlastet und kann sich auf andere Projekte konzentrieren. Die Stadt Zug ist mit zwei Stiftungsräten in der Stiftung vertreten und hat somit eine gute Kontrolle und vor allem Kostenklarheit! Der Betrag ist jedoch fest, und es gibt keine Überraschungen. Die erste Tranche fällt 2012 mit CHF 4 Mio. an. Die Kosten sind zwar happig und hoch. CHF 612'000.-- brutto für ein solches Bett und CHF 440'000.-- abzüglich der Subvention sind sehr hoch. Das Baudepartement unter der Leitung von Stadtrat André Wicki hat bereits über CHF 5.0 Mio.. Mit einer Ablehnung werden gar keine Probleme gelöst. Ein Grund für die hohen Kosten ist der hohe bisherige Standart im Pflegeheim Baar 1. Mit einer Ablehnung werden sie entweder noch höher, oder dann wird massiv qualitativ abgespeckt werden müssen. Was eine falsche Kostenkontrolle bewirkt, hat man auch in Baar beim Kantonsspital gesehen. Der Kantonsrat hat sich seinerzeit eine Obergrenze von CHF 200 Mio. für 200 Betten gesetzt. Dieser Auftrag wurde eingehalten. Das Problem war aber, dass bezüglich Lärmdämmung usw. verschiedene Probleme ans Licht kamen, die nachträglich Kosten verursachten. Zum Standort: Lieber Konzentration in der Nähe der Stadtgrenze als ausgegrenzt in den Gemeinden verteilt. Auch hier mehr Effizienz statt Verzettlung der Pflegeplätze. Die Stiftung bringt zusätzlich zum Geld noch das Land in Mio.-Höhe mit ein. Auch das spart Kosten und hilft der Stadt Zug. Der GGR soll nicht das Märchen aufbauen, dass hier Teile dieser Baukosten eingespart werden können. Das Volk kann im März darüber frei entscheiden. Man beachte, dass das ebenfalls teure Projekt Neustadt 2 mit über

91 % Stimmen an der Urne durch ging. Die Stadt Zug muss sich von der Vorstellung entfernen, alles ganz alleine machen zu können. Eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus macht durchaus Sinn, vor allem auch bei diesem Projekt. Das wären die Argumente, welche die GPK bewogen haben, das ganze Projekt in einem Stimmenverhältnis von 6:0 Stimmen zu verabschieden. Beim Beschlussesentwurf ist noch die Ergänzung mit den beiden Volksabstimmungen in Baar und Zug angefügt worden. Somit muss das Projekt also sowohl in Zug wie auch in Baar vom Stimmvolk gutgeheissen werden. Zum Vorgehen des Stadtrates noch ein paar Bemerkungen: Die Art und Weise war beim Chlösterli ähnlich. Natürlich ist es schwierig. Zwischen der Stiftung, der Gemeinde Baar mit RPK, dem Departement SUS kann es druckvoll hin- und hergehen. Es ging alles sehr schnell. Die Vorlage war am 25. Oktober 2011 im Stadtrat, am 7. November 2011 in der BPK und am 21. November 2011 in der GPK. Nachdem diese nach einer bereits 10-stündigen Präsenz ziemlich ermattet war, wurde die Vorlage im Rekordtempo durchgepaukt. Heute ist der 13. Dezember 2011, und die Vorlage wird bereits vom GGR behandelt. Am 11. März 2012 soll die Volksabstimmung durchgeführt werden. Ab Antrag Stadtrat bis zur Volksabstimmung sind es also bloss 4,5 Monate. Das ist sehr, sehr schnell. Diese Eile ist nicht besonders gut. Der Meinungsbildung des GGR wäre es sehr zugetan, wenn für solche Vorlagen mehr Zeit zur Verfügung stände, um sie genau und detailliert studieren zu können. Aber: Die älteren Mitmenschen dürfen nicht zum Spielball der Politik werden - das haben sie nicht verdient. Hingegen darf Stadtrat Andreas Bossard kein Freipass gegeben werden, den GGR mit seinen Projekten zuzusagen "Ad hoc" nach Lust und Laune Schnick-Schnack zu spielen. Dagegen protestiert Philip C. Brunner, appelliert aber auch an den guten Willen des GGR, diesem Projekt zuzustimmen und es dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Generationen von älteren Menschen werden dafür dankbar sein.

Louis Bisig: Das durchschnittliche Eintrittsalter der Pensionäre ist heute bei rund 85 Jahre, der 2015 prognostizierte Bedarf an Pflegebetten ist jetzt schon überschritten und die Pflegebetten stehen frühestens in drei Jahren zur Verfügung. Zug braucht eine Lösung. Die SP-Fraktion beurteilt diese Vorlage als gut. Aus den detaillierten Unterlagen geht hervor, dass die Stiftung das Land kostenlos zur Verfügung stellt. Sie muss auch die zusätzlichen finanziellen Risiken selber tragen. Die Stadt gibt mit dem Investitionsbeitrag einen Finanzrahmen. Die SP-Fraktion teilt die Meinung, dass der Investitionsbeitrag aufgrund der günstigen Bettkosten gut investiertes Geld für einen sinnvollen Bau ist. Die Bedürfnisabklärung, gestützt auf die demografische Entwicklung, spricht gegen die Befürchtung leer stehender Betten in Baar. Natürlich wünschen sich Betagte in der Stadt untergebracht zu werden. Entscheidender wird die Qualität der Pflege sein. Ein zentral gelegenes, modernes Kompetenzzentrum für Geriatrie ermöglicht, das in Zukunft begehrte gute Personal auch zu finden. Die SP-Fraktion wartet auf die aktualisierte Pflegebettenplanung und dankt dem Stadtrat in einem halben Jahr. Die SP-Fraktion unterstützt und stimmt für den vorliegenden Antrag des Stadtrates, zu Lasten der Investitionsrechnung einen Beitrag von CHF 19'300'000.-- gemäss Vorlage 2177. Damit ist bereits ein Grossteil des Investitionsbudgets verbraten.

Karl Kobelt: Den Entscheid zu dieser Vorlage hat sich die FDP-Fraktion nicht leicht gemacht und es sei offen eingestanden: Er ist der Fraktion auch nicht leicht gefallen. Grundsätzlich ist klar: Die FDP steht voll hinter dem Bau von Pflegeeinrichtungen und der Bereitstellung von einer genügenden Anzahl von Pflegebetten. Dies gebietet die demographische und gesellschaftliche Entwicklung. Auch wendet sie sich nicht grundsätzlich gegen den Einkauf von Pflegebetten in Baar – auch wenn sie den Bedarf lieber in der Stadt Zug decken würde, das ist klar. Der Einkauf in anderen Gemeinden ist angezeigt, wenn in der Stadt Zug der voraussehbare Bedarf nicht in nützlicher Frist gedeckt werden kann. Die Vorlage zeigt Umfang, Nutzen und Kostenfolge der geplanten Beteiligung der Stadt Zug am Pflegezentrum II in Baar in ausreichendem Masse dar. All dies spricht dafür, der Vorlage zuzustimmen, wie dies BPK und GPK ja einhellig getan haben. Zugleich meldet die FDP-Fraktion ihre erheblichen Bedenken an. In der Pflegebettfrage hat das Departement Sicherheit, Umwelt und Soziales (SUS) kein Konzept erkennen lassen. Das ist umso bedauerlicher, als der steigende Bettenbedarf seit Jahren bekannt ist. Ebenso bekannt ist die klare Pflicht der Gemeinden, diesen Bettenbedarf zu decken. Der Stadtrat ist immer wieder für eine unliebsame Überraschung gut. So ortete er kurz vor der Abstimmung über die Überbauung Belvedere im Jahr 2008 beim alten Kantonsspital unvermittelt einen dringenden Pflegebettenbedarf. Gleichzeitig hielt er es aber nicht für notwendig, das Altersheim Waldheim für Menschen mit hohem Pflegebedarf zu erhalten. Im Zusammenhang mit dem Betteneinkauf im Altersheim Chlösterli in Unterägeri war zu keinem Augenblick die Rede davon, dass in naher Zukunft weitere Betten für Stadtzugerinnen und Stadtzuger in weiteren Gemeinden eingekauft werden müssten. Es ist der FDP-Fraktion bekannt, dass die Stadt Zug an der Stiftung in Baar beteiligt ist, und das etwas im Tun ist. Das hätte man aber auch in einem Konzept zur Altersvorsorge, insbesondere im Pflegebettenbereich, in dieser oder jenen Vorlage einfließen lassen können. Höchste Zeit also, dass die FDP eine Strategie für die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen einforderte! Leider ist nicht auszumachen, inwieweit die nun geplante Beteiligung in Baar in eine sinnvolle Strategie eingebettet wird. Im Weiteren fragt sich die FDP-Fraktion, ob die beantragten Mittel von CHF 19,3 Mio. bestmöglichst eingesetzt werden. Die Mehrkosten von rund CHF 70'000.-- pro Bett gegenüber dem Alterszentrum Frauensteinmatt werden zwar begründet, sind aber doch sehr erheblich. Angesichts der hohen Kosten ist nicht nachvollziehbar, dass man auf ein zusätzliches Geschoss partout verzichten will. Ein zusätzliches Geschoss hätte mehr Kapazitäten geschaffen und die Kosten pro Bett markant gesenkt! Die FDP ist konsequent: Sie trennt die Spreu vom Weizen. Was bei den Investitionen generell gilt, gilt gleichermassen bei einzelnen Projekten. Deshalb spricht sich eine knappe Mehrheit der FDP-Fraktion gegen die Vorlage aus. Dieses Nein ist nicht als Ablehnung von zusätzlichen Pflegebetten zu verstehen, sondern ein Ja zu einer besseren Vorlage.

Willi Vollenweider: Die SVP-Fraktion ist gar nicht glücklich, dass eine strategische Planung von Alters- und Pflege-Zentren in der Stadt Zug weitgehend fehlt. Das zeitliche Zusammentreffen des Projektes Pflegezentrum II in Baar mit der vorgesehenen unglücklichen Umnutzung des Altersheimes Waldheim hat diesen Eindruck noch verstärkt.

Der Stadtrat wird dringend aufgefordert, dieser strategischen Planung seine Aufmerksamkeit zu widmen und die gewonnenen Erkenntnisse darzulegen. Erst wenn die Überlegungen bekannt sind, besteht die Möglichkeit, sie seriös zu prüfen und sich dazu wirklich zu äussern. Im Moment bewegt man sich im Nebel und packt jeden sich bietenden Stroh-Halm. Der Missmut über die stadträtlichen Unterlassungs-Sünden darf jedoch nicht Anlass dazu sein, die pflegebedürftigen Senioren im Stich zu lassen. Nur aus diesem Grund hat die SVP-Fraktion die in der Bau- und Planungskommission beantragte Abtraktandierung abgelehnt. Nun noch eine Bemerkung zum Bau. Auch in anderen Schweizer Städten wird zunehmend in die Höhe gebaut. Damit kann verhindert werden, dass bei stetig zunehmendem Nutzflächenbedarf immer mehr Grünfläche überbaut werden muss. Mit den natürlichen Bodenressourcen der Städte sollte man haushälterisch umgehen. Alle von der öffentlichen Hand geplanten Gebäude sollten statisch so konstruiert sein, dass eine spätere Aufstockung in einem vernünftigen Ausmass möglich ist. Es sollte nicht vorkommen, dass – wie beim VZ3-Projekt oder bei der Kantonsschule Zug – relativ neue Gebäude abgerissen werden müssen, nur weil bei der Planung nicht an die Möglichkeit eines künftig vergrösserten Nutzflächebedarfs gedacht worden ist. Es ist schade, dass das Pflegezentrum II in Baar jetzt wieder so gebaut werden wird, dass eine spätere Aufstockung nicht möglich sein wird. Diese Bau-Politik hat natürlich auch etwas mit dem Fehlen strategischer Visionen zu tun, wie bereits kommentiert. Die SVP-Fraktion stellt fest, dass akuter Bedarf für weitere Pflegebetten für die Zuger Senioren besteht und stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Ratspräsident Jürg Messmer begrüsst an dieser Stelle Jürg Dübendorfer, Stiftungsratspräsident der Stiftung Baar und heisst ihn herzlich willkommen.

Hugo Halter: Die CVP-Fraktion steht geschlossen hinter Pflegeplätzen und insbesondere hinter den älteren Mitmenschen. Gerade diese älteren Mitmenschen sollen aber ihren Lebensabend dort verbringen können, wo sie Jahre oder womöglich ein Leben lang gewohnt haben, nämlich in ihrem vertrauten Umfeld. Es sind deshalb Stadt Zug-Interne Lösungen zu priorisieren. Die CVP-Fraktion ist aber grossmehrheitlich ganz konkret gegen dieses Geschäft oder vielmehr gegen dieses Vorgehen des Stadtrates. Warum das? Wiederum, praktisch überfallartig und leider nicht zum ersten Mal, zwingt der Stadtrat den GGR praktisch, einen grösseren Millionenbetrag zu sprechen. Der GGR hat doch als Legislative so absolut keinen Spielraum und muss quasi nur Ja sagen. Dies mutet nicht nur konzeptlos, sondern auch mindestens eigenartig an. Es kann und darf doch nicht sein, dass Vorlagen so präsentiert werden. Mit mehreren, noch hängigen Vorstössen wurde aus diesem Rat der Stadtrat aufgefordert, endlich vorausschauend zu planen. Gerade die strategische Planung muss eine Hauptaufgabe des Stadtrates sein muss und nicht der GGR mit Vorstössen darauf hinzuweisen hat. Die entsprechenden Vorstösse wurden noch nicht beantwortet und schon wieder kommt eine neue Vorlage, die Millionen kostet, ohne dass verbindliche Konzepte und verbindlichere Mehrjahrsplanungen vorliegen. Gerade mal auf einer knappen Seite wird erwähnt, dass Pflegebettenbedarf bestehe und schon wird auf mehreren Seiten auf das Projekt verwiesen. Dieses Vorgehen und insbesondere diese Planung versteht die CVP-Fraktion nicht und will es auch

nicht akzeptieren. Es macht doch schon den Eindruck, dass nach Unterägeri, Chlösterli und jetzt Baar die einzige Planung die "Pflege der Pflegebetten" im Vordergrund steht. Die CVP-Fraktion bittet den Stadtrat, seine Hausaufgaben hier aber auch in anderen Bereichen wie Asylunterkünfte, Schülerzahlen und deren Konsequenzen doch glaubwürdig und zeitgerecht an die Hand zu nehmen und nicht mit "Hau-Ruck-Übungen" den Rat zu "überfallen" und ihm diesen "heissen Händöpfel" zuzuschieben. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der Behörden und um das gegenseitige Vertrauen - gegenüber der Bevölkerung, den Direktbetroffenen und allen gewählten Politikern hier im Saal. Die CVP lehnt deshalb grossmehrheitlich diesen Investitionsbeitrag ab und bittet den Rat um Unterstützung.

Stefan Hodel hätte nach der heutigen Budgetdebatte eigentlich erwartet, dass die Bürgerlichen die Köpfe zusammen strecken und den Vorschlag machen, CHF 18 Mio. zu bewilligen, und der Stadtrat habe dann zu entscheiden, wer diese Betten bauen soll. Es scheint aber nicht der Fall zu sein. Ebenso einhellig wie in der GPK und der BPK war die Zustimmung unserer Fraktion zu diesem Antrag des Stadtrates. Selbst wenn der Bedarf sich nicht so entwickeln sollte wie es die Fachleute vorsehen, so werden die 44 Betten in Baar ausgelastet sein. Wenn es sein muss halt durch die Rückkehr der zurzeit noch weiter entfernt untergebrachten pflegebedürftigen Zugerinnen und Zugern. Das Pflegezentrum Baar befindet sich nur wenig nördlich der Zuger Gemeindegrenze. Die Stadt Zug ist mit zwei Mitgliedern im Stiftungsrat gut vertreten. Eigentlich könnte man das Pflegezentrum nach der Erweiterung deshalb auch umbenennen auf Pflegezentrum Zug-Baar. Gibt es Alternativen zum Erwerb dieser Pflegebetten? Nein, denn es wird Zug wohl kaum sonst jemand den Boden für den Bau eines Pflegeheimes unentgeltlich zur Verfügung stellen wie dies hier in Baar der Fall ist. Könnte nicht das „Waldheim“ innert nützlicher Frist zu einem Pflegeheim umgerüstet werden, wie es einzelnen Personen noch immer vorschwebt? Kürzlich wurde Stefan Hodel von seiner Nachbarin angesprochen. Sie arbeitete im „Waldheim“ und meinte zu ihm: „Wer neidisch ist auf die bald dort vorübergehend untergebrachten Asylbewerber, der hat keine Ahnung. Die Fenster sind undicht, das ganze Gebäude ist zudem sehr schlecht gegen Schall gedämmt.“

Stefan Hodel ist sicher, so schnell wie hier in Baar kommt die Stadt Zug nirgends zu weiteren Pflegebetten. Die Fraktion Alternative-CSP sagt deshalb klar Ja zu dieser Vorlage. An die Adresse der CVP-Fraktion, welche gegen diese Vorlage ist, sei festgehalten: die Leidtragenden sind die Pensionäre und pflegebedürftigen Personen, die weiter weg platziert werden müssen. Die SVP-Fraktion sagt, dass so gebaut werden muss, um später aufstocken zu können. Genau das wurde beim Kantonsspital getan. Man hat von der Konstruktion her eine spätere mögliche Aufstockung vorgesehen. Jetzt sagt man, das gehe nicht, man könne doch nicht ein in Betrieb stehendes Spital aufstocken. Es müsste zuerst das ganze Gebäude geleert werden. Jürg Dübendorfer, der Präsident der Stiftung, sagt ganz klar, dass es sich hier um eine Fehlinvestition handelte. Das Gleiche soll nun bei diesem Pflegezentrum geplant werden? Die Fraktion Alternative-CSP ist klar für die Vorlage. Die Nähe zur Stadtgrenze ist kein Problem von der Erreichbarkeit her. Diese Gelegenheit sollte genutzt und das Projekt möglichst kurzfristig realisiert werden.

Michèle Kottelat: Kreditvorlagen für Spitäler sowie Alters- und Pflegeheime haben über alle Parteien hinaus eine enorme Akzeptanz. Wer solche Geschäfte hinterfragt gilt schnell als herz- und erbarmungslos, deshalb lassen die meisten PolitikerInnen lieber die Finger davon. Wer setzt schon leichtfertig seine politische Karriere auf's Spiel? Michèle Kottelat wagt es, dieses Geschäft zu hinterfragen, da sie sich von diesem Geschäft überrumpelt und unter Zeitdruck fühlt. Nachhaltig ist nicht nur das Gebot der Zeit in Energie- und Umweltfragen. Nachhaltigkeit muss auch im Gesundheits- und Pflegewesen das oberste Primat sein. Wenn Projekte angegangen werden, so müssen sie die Ressourcen schonen und auch für künftige Generationen tragbar sein. Bei sozialpolitischen Geschäften sollte der finanzielle Einsatz zudem grösstmögliches Wohlergehen bringen. Hochtechnisierte, sterile Strukturen bieten auf dem letzten Lebensweg keine Geborgenheit. Das Geschäft Pflegeheim Baar kommt so vor, als könnte man mit möglichst viel Geld das schlechte Gewissen beruhigen. Was die pflegebedürftigen Mitmenschen aber brauchen sind Sicherheit, Geborgenheit, menschliche Zuwendung und menschliche Wärme. Spricht man mit Pflegefachkräften in Pflege- und Altersheimen so hört man immer wieder, dass sie überfordert sind, unter grossem Druck und oft mit schlechtem oder ungutem Gefühl arbeiten. Gerne möchten sie mehr Zeit für ihre Schützlinge aufwenden, aber die Zeit drängt und die nächsten Patienten warten. Und die Taxpunktuhr tickt. Bei den nördlichen Nachbarn, sei es in Deutschland oder Holland beschreitet man in der Pflege schon lange neue Wege. Sie sind weniger aufwendig, menschlicher und schlussendlich billiger. Das oberste Ziel ist das Wohlergehen der Mitmenschen, das kann man sich nicht mit möglichst viel Beton, Stahl und Apparaten erkaufen. Was hier gebraucht wird, ist eine Trendwende, ein Umdenken, das Verlassen der Trampelpfade, die in die Sackgasse führen. In St. Gallen wird 2012 ein Modell mit Zeitgutschriften zur Begleitung, Betreuung und/oder Pflege älterer Menschen eingeführt. Im Moment ist viel im Fluss, da erkannt worden ist, dass Private und der Staat langfristig die bisherigen Pflegemodelle finanziell nicht mehr stemmen können. Zudem verlangt die Babyboomer-Generation nach Alternativen in der Alters- und Pflegpolitik. Es gilt, ihre Bedürfnisse in künftige Planungen einfließen zu lassen, denn jetzt wird auch für sie geplant. Michèle Kottelat stellt folgenden Antrag: Das Projekt Pflegeheim Baar soll nochmals zurück zum Absender und überarbeitet werden. Es ist zu teuer, muss nachhaltiger werden, das heisst auch für künftige Generationen tragbar sein und darf nicht zur Ghettoisierung der pflegebedürftigen Menschen führen.

Stadtrat Andreas Bossard: Es handelt sich hier nicht um eine Vorlage von Stadtrat Andreas Bossard, sondern um eine solche des Stadtrates. Die Stadträte André Wicki und Andreas Bossard sind im Stiftungsrat Baar vertreten und haben das Konzept in langer Arbeit begleitet, hinterfragt und die Preise auch nochmals drücken können. An diesem Projekt wurde sehr viel verändert, bis es nun so auf dem Tisch liegt. Diese 44 Betten, die da erworben werden können, sind absolut notwendig. Die demographische Entwicklung zeigt, dass diese Betten auch in 20 - 30 Jahren noch benötigt werden. Wie von der FDP-Fraktion richtigerweise gefordert, wird die Altersstrategie erneuert. Wie die Strategie auch immer aussehen wird, die 44 Betten werden in jedem Fall benötigt. Es ist

klar, dass die Altersplanung 2006 nun 2011 ausläuft. Zurzeit wird sie neu aufgegleist für die Jahre 2012 - 2017. Mit einer 1,5 Stellen-Abteilung war das Departement sehr gefordert, allein schon das Zentrum Frauenstein aufzugleisen. Es soll menschlich betrieben werden. Für das Frauenstein ist nun ein Pflegekonzept erarbeitet worden. All dies sind Arbeiten, die nicht nebenbei erledigt werden können. Der Stellendruck wirkt sich auch auf die Zeit aus. Die Konzepte sind an sich vorhanden, liegen aber noch nicht fertig in Papierform vor. Dem Departement ist durchaus klar, welche Massnahmen zukünftig notwendig sind. Es werden auch künftige neue Formen entwickelt. Im Heim Herti 2 sollen nicht einfach neue Pflegebetten gebaut werden, sondern etwas in Richtung der Idee von Michèle Kottelat realisiert werden. Gewisse Personen sind aber nach wie vor auf Pflegeheime angewiesen. Die Demenz nimmt ständig zu. Für diese Patienten braucht es ein Pflegekonzept und gut betreute Orte. Die Stadt Zug kommt nie mehr so günstig zu weiteren Pflegebetten. Dank der Mitgliedschaft in der Stiftung Pflegezentrum Baar gehört Zug zu den Mitbeteiligten. Die Stiftung gehört der Bürgergemeinde Baar, der Stadt Zug und der Gemeinde Baar. Dass die Betten teuer sind, wird nicht bestritten. Sie sind aber auch speziell, werden dort doch die höchsten Pflegestufen betreut. Im Jahr 2004 wurde ein zweistöckiges Pflegezentrum an diesem Standort gebaut. Im Jahr 2005 folgte die Planung Höpfliger, welche die demografische Entwicklung aufzeigte. In der Altersfrage ist in den letzten Jahren sehr viel gegangen. Man wurde überrollt von dieser Entwicklung. Daher ist jetzt nicht mehr ein zweistöckiges Haus geplant, sondern ein vierstöckiges. Es wurde auch ein fünfstöckiges Haus geprüft. Der Innenhof würde dadurch aber eine Kaminwirkung geben. Die Bewohner verbringen ihren Alltag dort und brauchen daher einen gewissen Bewegungsraum in den Gängen. Stadtrat Andreas Bossard empfiehlt daher dringendst, diese gute Gelegenheit zu ergreifen und die 44 Pflegebetten zu bewilligen.

Urs Bertschi, Präsident BPK: Die Vorlage wurde in der BPK ausgiebig behandelt. Die Vorlage erschien der BPK detailliert, umfassend und auch dank den erhaltenen Ausführungen auch schlüssig. Wer weiss heute, dass gerade ein solches Modell, wie es hier präsentiert wird, nicht allenfalls Bestandteil einer künftigen Strategie sein könnte? Eine Strategie, die der Kooperation das Wort redet. Hinzu kommt explizit in dieser Vorlage, dass Baar eben auch für Zug nachgerade ideal situiert ist. Das Kantonsspital beweist, dass diese Lösung einen zumutbaren Weg mit ebenso idealen Pflegeversorgung und hohen Synergien darstellt. Auch beim Kantonsspital musste wahrscheinlich mancher Zuger Patient zuerst mal über den Schatten springen, um nicht mehr an den schönen Gestaden des Zugersees wieder gesund zu werden, sondern in der etwas öden Ebene von Baar die Gesundheit wieder zu erlangen. Der Rat hat ja vorhin gerade gespart. Man will ja nicht mehr an teurer Seelage ein Spital betreiben und geht nachgerade in die Gewerbezone mit den Patienten. „Also tun wir doch nicht so, als ob wir hier irgend eine lausige Lösung präsentiert erhalten würden.“ Selbst wenn die Strategie oder exemplarische Planung, die von Vielen gefordert wird, als nicht ideal zu würdigen wäre, gibt dies diesem Rat keine Legitimation, diese 44 Pflegebetten heute abzulehnen. Der Rat kann es sich auch nicht leisten und hier in eine Lex-Bösgi machen. Man braucht Lösungen. Die heute präsentierte Lösung könnte durchaus Bestandteil einer Gesamtstra-

ategie darstellen. Der Bedarf ist ausgewiesen. Eine Aufstockung des Pflegezentrums 2 ist aus wohnhygienischen Gründen nicht ratsam, wie sich dies die BPK erläutern liess. Insofern ist sie auch nicht geboten. Die BPK hat nach anfänglich hohem Widerstand schliesslich diese Vorlage mit 11:0 Stimmen verabschiedet. Dies empfiehlt Urs Bertschi auch heute dem GGR. „Machen Sie nicht auf überspitzten Formalismus, lehnen Sie nicht eine gute und synergereiche Lösung ab, nur weil Ihnen irgendeine Statistik fehlt, die die nächsten 25 Jahre aufzeigt.“ Diese 44 Pflegebetten werden mit Sicherheit Bestandteil einer jeden Strategie und Planung darstellen.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, ist relativ selten mit Urs Bertschi einig. Die bürgerliche Seite hat sich jetzt wirklich etwas zusammenzureissen. Natürlich findet auch Philip C. Brunner Vieles, was im Departement SUS läuft, nicht gut. Vielleicht bestehen auch unterschiedliche Auffassungen bezüglich Planung und Strategie des Waldheims. Wenn Philip C. Brunner zu diesen Pflegebetten in Baar Ja sagt, dann sagt er nicht ja zur Entwicklung im Waldheim. Es sind auch nicht CHF 19 Mio., die nächstes Jahr anfallen. Wer die Vorlage gelesen hat, weiss, dass im 2012 CHF 4 Mio. anfallen. Philip C. Brunner warnt davor, eine Wutübung zu ergreifen. Diese Wut wird an den falschen Personen ausgelassen. Das Projekt ist eine langfristige und gute Sache für die Stadt Zug, der mit Überzeugung zugestimmt werden kann. Das heisst nicht, dass die SVP-Fraktion mit allem einverstanden ist, was aus dem Departement SUS kommt. Aber für dieses zusammen mit Baar zu realisierende Projekt gibt es sehr gute Argumente, mehr als 50 % Argumente zum Ja sagen.

Stadtrat André Wicki: Kosten sparen ist gut, aber nicht überall und hier bestimmt nicht. Es ist durchaus verständlich, dass bei diesem Projekt von der Zeitachse her der Eindruck entsteht, es sei etwas überstürzt. Das mag auf den ersten Blick vielleicht auch so aussehen. Wenn man eine Strategie oder ein Konzept erstellt, geht man von den Bedürfnissen aus. Diese sind klar ausgewiesen. Dabei sei an die 157 Zugerinnen und Zuger verwiesen, die nicht in der Gemeinde Zug einen Platz gefunden haben. Das Projekt begann ursprünglich vor drei Jahren. Noch vor den Sommerferien waren die Stadträte Stadtrat Andreas Bossard und André Wicki erstmals damit konfrontiert. Der Zeitplan wurde auch als relativ sportlich eingestuft. Ursprünglich war vorgesehen, bereits im November 2011 an der Urne über diese Vorlage abzustimmen. Das fand man doch sehr sportlich, weshalb man sich die nötige Zeit genommen hat, um das ganze Projekt mit CHF 54 Mio. im Baudepartement zu prüfen. Die Aufstellung der Kosten pro Zimmer zeigt, dass sich dies Kosten in durchaus vertretbarem Rahmen bewegen. Damit wird für die Zukunft investiert. Frauensteinmatt ist ein exzellentes Beispiel mit CHF 372'000.--/Bett. Beim Pflegezentrum Baar 2 betragen diese nach vorgenommener Reduktion nun noch CHF 440'000.--/Bett.

Manuel Brandenburg appelliert an den Rat, dieser Vorlage zuzustimmen. Sie ist ausgegoren, das Bedürfnis ist vorhanden, die älteren Leute leiden mit zunehmendem Alter vermehrt an Demenz. Das ist ein Problem. Der Rat sollte sich nicht von irgendwelchen latenten oder offenkundigen Anti-Baar-Reflexen leiten lassen, wie das umgekehrt mit-

unter aus Baar gegenüber Zug zu verspüren ist. Der Rat sollte darüber stehen, denn es geht um die Sache.

Stadtpräsident Dolfi Müller übernimmt namens des Stadtrates die beiden Präzisionsanträge der GPK. Nach diesen versöhnlichen Worten von Manuel Brandenburg muss nicht mehr viel gesagt werden. Stadtpräsident Dolfi Müller wurde vorhin gefragt, warum er sich bei der Budgetdebatte nicht gewehrt habe. Die Antwort war: der GGR hat strategisch operiert, was sowohl für GGR wie auch Stadtrat ein grosser Schritt in die richtige Richtung ist. Hier muss sich aber der Stadtrat wehren und hat es auch getan. Auf Druck der Stadt Zug haben nämlich bereits mehrere Kostensenkungsrunden stattgefunden. Die Zitrone ist tatsächlich ausgepresst. Jetzt stellt sich aber die Frage, ob die Stadt Zug tatsächlich ein zuverlässiger Partner ist. Die Pflegeheimgeschichte Baar/Zug ist eine riesige Erfolgsgeschichte seit vielen Jahren. Damals beim Beginn brachte man diese Bedenken, wie sie heute teilweise zu hören waren, nicht. Der Stadtrat war immer im Stiftungsrat vertreten. Gerade aus Kostengründen wurde von Stadtpräsident Dolfi Müller zum Vorsteher des Baudepartementes ein Wechsel vorgenommen. Die Zusammenarbeit war immer sehr gut. Irgendeinmal reisst dann aber der Geduldsfaden von Baar. Das möchte Stadtpräsident Dolfi Müller nicht. Die Zuger Bevölkerung wird mit Sicherheit hinter dieser Vorlage stehen, weil sie die Notwendigkeit dieser Pflegebetten einsieht. Das Volk will gute Alterswohnungen in ausreichender Zahl und keine politischen Scharmützel. Daher ist dieser Vorlage heute zuzustimmen.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 (gemäss Formulierung GPK), Ziff. 2, Ziff. 3 (gemäss Formulierung GPK) und Ziff. 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR dem Antrag des Stadtrates mit 26:11 Stimmen zu.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1563
betreffend Erwerb von 44 Pflegebetten im Neubau Pflegezentrum II, Baar;
Investitionsbeitrag

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2177 vom 25. Oktober 2011:

1. Für den Erwerb von 44 Pflegebetten in Einzelzimmern im Neubau Pflegezentrum II; Baar, Bauherrin Stiftung Pflegezentrum Baar, wird zu Lasten der Investitionsrechnung, KST 2260, Beiträge, Objekt Nr. 920, ein Beitrag von CHF 19'300'000.00 (Index April 2011) bewilligt.
2. Die Investition von CHF 19'300'000.00 wird mit jährlich 10% abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. c Finanzhaushaltgesetz).
3. Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 7 Bst. b der Gemeindeordnung der obligatorischen Volksabstimmung. Er tritt nach der Annahme durch das Stimmvolk der Gemeinde Baar und der Stadt Zug am 11. März 2012 in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

8. Interpellation Willi Vollenweider, SVP, vom 1. September 2011 betreffend Sicherheit des Personals im öffentlichen Dienst der Stadt Zug

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2183 vom 15. November 2011

Willi Vollenweider dankt dem Stadtrat für seine ausführliche Beantwortung der Fragen und ist sehr beruhigt, dass dieser Herausforderung ganz offensichtlich die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Bericht stellt fest, dass Handlungsbedarf bei den Schulungen besteht. Diese müssten künftig periodisch und nicht nur Ereignis bezogen erfolgen. In der Tat kann mit präventiver Schulung das richtige Verhalten in Konfliktsituationen trainiert werden. Willi Vollenweider würde es sehr begrüßen, wenn diese Erkenntnis in absehbarer Zeit umgesetzt würde. Willi Vollenweider nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und wünscht der Stadtverwaltung eine weiterhin relativ friedliche Koexistenz mit den Bewohnern und Bewohnerinnen der Stadt Zug.

Urs E. Meier beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend beschossen ist.

Urs E. Meier wundert sich etwas, dass dieses Sicherheitsthema so einfach über die Bühne geht und dankt Willi Vollenweider für diese angenehme Interpellation seitens der SVP-Fraktion. Anlässlich der vorletzten Sitzung vom 8. November wurden die Sitzungsteilnehmer unten beim Eingang ausnahmsweise von der Zuger Polizei empfangen, welche speziell aufgeboten worden war, für die Sicherheit zu sorgen. Dies - wie der Ratspräsident erläuterte - nachdem beim Stadtrat diverse Drohungen eingegangen seien. Man erinnere sich: Die Forderung nach Asylanten-freien Zonen stand zur Debatte und im Hintergrund brodelte das Thema Waldheim. In der Antwort auf Willi Vollenweiders Interpellation ist zu lesen, dass im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen Altersheim Waldheim zwei E-Mails mit problematischen Inhalten und verdeckten Drohungen eingegangen seien. Urs E. Meier ist der Auffassung, dass der Rat ein Anrecht darauf hat, die Namen der Urheber zu kennen. Sind es einschlägig bekannte Personen oder sind es unverdächtige Biedermänner? Urs E. Meier erwartet Klartext Dies nicht zuletzt auch, um Spekulationen und womöglich ungerechtfertigten Verdächtigungen den Boden zu entziehen.

Stadtrat Andreas Bossard kann als Sicherheits- und Sozialvorsteher auf die Frage von Urs Meier, wer diese Drohung aussprach, Folgendes beifügen: Urs E. Meier hat im Vorfeld darauf verwiesen, dass er diese Frage stellen werde. Da das Thema sehr emotional ist, ist Stadtrat Andreas Bossard froh, dass er sich dazu Gedanken machen konnte. Dazu muss ein wenig ausgeholt werden: In der Verwaltung wird täglich versucht seriös und

kundennah zu arbeiten. Man denke da an die sensiblen Bereiche wie Betreibungsamt, Vormundschaftsamt oder im Sozialbereich. Es wurde versucht, z.B. mit dem leer stehenden Waldheim einen Auftrag auszuüben, zu dem die Stadt Zug gesetzlich verpflichtet ist. Den Angestellten aber auch den Behörden wird in Leserbriefen und Vorstössen Unfähigkeit vorgeworfen. Angefangen hat alles mit dem Leserbrief einer Kantonsrätin mit dem reisserischen Titel: "Asylunterkunft mit Seesicht". Drohungen und Beschimpfungen wurden damit ausgelöst. Wenn solche Drohbotschaften durch einen akademisch gebildeten Mitarbeiter (Name bekannt) via Mailaccount der renommierten Firma Partners Group weitergeleitet werden, dann ist dies äusserst bedenklich. So können der soziale Friede in Zug, und die guten Beziehungen zur Wirtschaft ernsthaft gefährdet werden. Durch das Schüren von Angst und Drohungen fühlen sich - wie Mitte der 90-er Jahre - die Asylbewerber und auch die Politiker ohnmächtig und unsicher. Drohungen gegen den Stadtrat mit Hinweis auf das Attentat von 2001 oder gar die Drohung, das künftige Asylheim in Brand zu stecken, treffen tief. Stadtrat Andreas Bossard selbst lag vor 10 Jahren in diesem Saal hinten bangend am Boden. Er erhoffte sich damals, dass die Politik etwas sensibler und menschlicher werde. Leider ist dies nicht geschehen. Die Exekutive wünschte eigentlich in der Umsetzung, der von ihr nicht beeinflussbaren Asylpolitik, Unterstützung und nicht nur Schelte. Heute Abend ist z.B. der nächste Informationsabend, an dem im Quartier Lorzen informiert wird, wie der Stadtrat langfristig die Unterkunftspflicht für Asylbewerber in der Stadt Zug zu lösen gedenkt. Für den Stadtrat ist klar: Er will diese Aufgabe menschlich umsetzen. Zum Schluss dankt Stadtrat Andreas Bossard Willi Vollenweider für diesen Vorstoss und hofft, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung aber auch alle Anwesenden im politischen Alltag vor Beleidigung, Beschimpfungen Drohungen und Nötigungen verschont bleiben. Dieser Vorstoss hat sicher positiv etwas beigetragen. Es möchten doch alle, dass man in Zug nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in menschlicher Beziehung einen Schritt weiter kommt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die Interpellation Willi Vollenweider, SVP, vom 1. September 2011 betreffend Sicherheit des Personals im öffentlichen Dienst der Stadt Zug beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

9. Motion von Vroni Straub-Müller, Alternative-CSP, vom 2. November 2009 betreffend Naturschutzzone Innere Lorzenallmend

Es liegt vor:

Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2187 vom 29. November 2011

Franz Weiss spricht zu Ziff. 3.2: Es ist sehr tendenziös, wenn der Anbau von der Kultur Mais gleichgesetzt wird mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung. Auch Franz Weiss bewirtschaftet Land südlich der Bahnlinie. Es wird nicht wie behauptet vor allem Mais angebaut, er erfüllt alle Auflagen der Fruchtfolgeplanung. In seiner Fruchtfolge hat es neben Mais auch noch Kartoffeln, Weizen, Futtergetreide und Gras. Sein Nachbar baut zusätzlich noch Raps an, also nicht vor allem Mais. Es gibt natürlich jährliche Schwankungen. Auch erfüllt Franz Weiss die kantonalen Gewässerschutzauflagen bei der Nährstoffversorgung der Kulturen und mit den Abständen zum See und zu den fliessenden Gewässern hat es eine Pufferzone. Am ersten Workshop vom 7. Nov. waren sich die Teilnehmenden grundsätzlich einig, dass auch die Landwirtschaft auf den ertragsreichen Böden Zustimmung findet. Dem Antrag des Stadtrates um Fristverlängerung stimmt die CVP-Fraktion zu.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR somit den Zwischenbericht des Stadtrates zur Kenntnis genommen hat.

10. Mitteilungen

Stadtrat André Wicki spricht zur Motion Übernahme Gimenenstrasse der FDP-Fraktion und beantragt eine Fristerstreckung bis Sommer 2012. Das Baudepartement hat sich bereits intensiv mit der Situation auseinandergesetzt und verschiedene Gespräche geführt bezüglich Flächenverteilung, Übertrag von anrechenbaren Landflächen, Anpassung der zukünftigen Parzellengrenze usw. Zeitlich ist man aber leider etwas in Verzug. Stadtrat André Wicki ist aber zuversichtlich, dass er mit dem Grundeigentümer nächstens wieder zusammenkommt. Spätestens im März wird dem Stadtrat das Aussprachepapier vorgelegt. Die Vorprüfung beim Kanton erfolgt Ende April/Anfang Mai. Der GGR wird voraussichtlich ende Juni oder direkt nach den Sommerferien über den Stand der Geschäfte informiert werden können.

Ratspräsident Jürg Messmer: Es handelt sich hier um eine Information des Rates. Für eine offizielle Fristerstreckung braucht es einen Zwischenbericht.

Stefan Moos: Diese Woche findet die berühmte Aktion „Jeder Rappen zählt“ statt. In diesem Rahmen hat der Churer Ruedi Frehner eine eigene Aktion gestartet. Er ist heute Morgen um 10.00 Uhr in Chur gestartet und wird diese Woche an fünf Tagen mit fünf Marathons nach Luzern joggen. Die letzte Etappe führt von Neuägeri auch durch die Stadt und den Kanton Zug. Aus diesem Grund hat sich Stefan Moos entschieden, Ruedi Frehner auf der letzten Etappe zu begleiten. Er wird ihn aber nicht nur begleiten, sondern hilft ihm auch, Spenden zu sammeln. Alle Anwesenden werden daher um eine Spende gebeten. Zu diesem Zweck ist beim Saaleingang ein Kässeli aufgestellt. Diese Kasse wird Stefan Moos am Samstag mitnehmen, dem Jogger Ruedi Frehner übergeben und mit ihm zusammen eine grosse Spende, welche inzwischen bereits mehr als CHF 20'000.-- beträgt, in Luzern abgeben.

Ratspräsident Jürg Messmer: Heute haben alle die Einladung zum Besuch von Google Schweiz in Zürich erhalten. Der Ausflug ist fakultativ. Aus organisatorischen Gründen haben aber die Anmeldungen bis am 22. Dezember 2011 bei Franziska Zürcher zu erfolgen. An dieser Stelle sei Beat Bühlmann herzlich gedankt, dass er diesen Besuch ermöglicht.

Heute findet die letzte Ratssitzung von Marcel Uhr statt. Er verlässt den Rat auf Ende Jahr, da er mehr Zeit für sich, für seinen Beruf und die Familie benötigt. Im Namen des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates sowie der Zuger Bevölkerung bedankt sich Ratspräsident Jürg Messmer bei Marcel Uhr sehr herzlich für den geleisteten Einsatz. Marcel Uhr war seit April 2008 Mitglied des Grossen Gemeinderates.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 24. Januar 2012, 17.00 Uhr

Ratspräsident Jürg Messmer wünscht nun allen schöne Ferien, eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber